

Eine Publikation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

3 Fokus-Thema Globalance

18 Kirchenbeziehungen Europa eine Seele geben

30 Portrait Sam Kobia, Generalsekretär des ÖRK



INHALTSVERZEICHNIS

FOKUS-THEMA

- Globalance – eine Wertebalance
im Dienst der Schwächeren 3
- Ein starkes langsames Bohren von
harten Brettern mit Leidenschaft
und Augenmass zugleich 6
- 10 Jahre nach der Weltfrauen-
konferenz in Peking – wo stehen
wir heute? 9
- «Globalance» und der
Millennium+5-Gipfel in New York 10
- Das Globalisierungspapier der
KEK – «European Churches living
their Faith in the Context of
Globalisation» 12
- Vollversammlung des ÖRK in
Porto Alegre – Vorbereitungen
in vollem Gange 13

NEWS AKTUELL

- Für ein gemeinsames
evangelisches Zeugnis in Europa
Wechsel bei der Armeeeselsorge
Open Forum Davos 2006 15
- SEK-Chronik
Personelles 16

KIRCHENBEZIEHUNGEN

- Ringen um interreligiöse
Verständigung 17
- Europa eine Seele geben 18

THEOLOGIE UND ETHIK

- Ordination – weiter auf
dem Weg 22
- Frauenkonferenz
Diakoniekonferenz 25

RATS-INFO

- Standpunkt 26
- Aus dem Rat 27
- Abgeordnetenversammlung 28

PORTRAIT

- Interview mit Sam Kobia 30



Liebe Leserin lieber Leser

Der SEK legt ein Positionspapier zur aktuellen Diskussion rund um die Globalisierung vor: «Globalance – christliche Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung». Und schon wird darüber gerätselt, ob mit dem neuen Begriff auch ein neuer Stil geprägt werden kann. Fakt ist – mit «Globalance» nimmt der SEK einen klaren Standpunkt zugunsten «einer sozial, ökologisch und global verbindlich regulierten Marktwirtschaft» ein; gleichzeitig muss er aber das Fehlen deren Voraussetzung – einer globalen Regulierungsinstanz – anerkennen. Vom Dilemma, wirklich neue Perspektiven aufzuzeigen, ohne die Komplexität des Phänomens Globalisierung zu verharmlosen, zeugt die vorliegende Ausgabe des Bulletins. Sie liefert eine Übersicht über die Position des SEK. Vertieft wird diese mit Blick auf die Verhandlungen der Vereinten Nationen, im Rahmen der Kirchen Europas und insbesondere in Erwartung der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Porto Alegre. Der SEK eröffnet die Diskussion über fünf Wertepaare – Freiheit und Gerechtigkeit, Veränderung und Bewahrung der Schöpfung, Macht und Verantwortung, Partizipation und Solidarität, Einheit und Vielfalt –, die uns zu denken geben sollen. Es wird dem SEK nun darum gehen müssen, die Diskussionen in den entsprechenden Gremien mitzubestimmen und von seinem Standpunkt auch zu überzeugen. Ob ihm dies gelingen wird – darauf gibt das Bulletin eine erste Antwort. Ohne die Zusammenarbeit mit den Mitgliedkirchen werden die im Positionspapier enthaltenen Empfehlungen jedenfalls nicht zu konkreten Forderungen heranreifen können – zugunsten der Betroffenen und Opfer der Globalisierung.

Elisabeth Ehrensperger, Redaktorin

Titelbild: refbild/Pfander

IMPRESSUM

Beilage zur «Reformierten Presse» 51-52/2005

bulletin sek-feps Offizielles Informationsorgan des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Postfach, CH-3000 Bern 23, Telefon 031-370-25-01, Fax 031-370-25-09, bulletin@sek-feps.ch, www.sek-feps.ch **Erscheinungsweise** 4-mal jährlich **Auflage** 6500 deutsch, 1200 französisch **Redaktion** Elisabeth Ehrensperger (ee), Simon Weber (SW) **Gestaltung/Produktion** Medienpark Zürich **Übersetzungen** Laurent Auberson, Sabine Dormond, Elisabeth Mainberger-Ruh, Irène Minder-Jeaneret, Christine Sutter **Druck** Stämpfli Publikationen AG **Autoren dieser Ausgabe** Elisabeth Ehrensperger, Serge Fornerod, Christoph Härter, Hella Hoppe, Karl Kohli, Nicolas Mori, Martin Sallmann, Theo Schaad, Sabine Scheuter, Cornelia Schnabel, Peter Schmid, Christoph Stückelberger, Simon Weber

Globalance – eine Wertebalance im Dienst der Schwächeren

Wie ist Globalisierung aus christlicher Sicht zu beurteilen und mitzugestalten? Welche Konsequenzen für das Handeln der Einzelnen und der Institutionen sind daraus zu ziehen? Zwischen der Vollversammlung des Reformierten Weltbundes 2004 und jener des Ökumenischen Rates der Kirchen 2006 legt der SEK seine Antwort vor: Globalance als Wertebalance.

Christoph Stückelberger

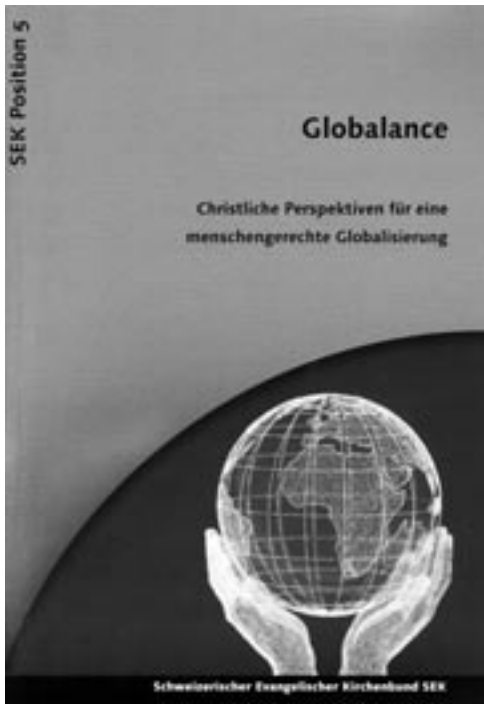
Globalisierung ist ein Thema der Kirchen seit vielen Jahren. Der Reformierte Weltbund (RWB) hat an seiner Vollversammlung in Accra im Juni 2004 ein Grundsatzdokument «Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit» verabschiedet. Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) legt seiner Vollversammlung im Februar 2006 in Porto Alegre ein Dokument vor mit dem Titel «AGAPE. Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde». Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) leistet mit dem Positionspapier «Globalance» einen Beitrag zur Umsetzung der RWB-Anliegen in der Schweiz und zur zukünftigen Meinungsbildung in der weltweiten Ökumene.

Weniger Staat! Mehr internationale Kontrolle! Mehr Freiheit! Mehr Gerechtigkeit! Hinter solchen politischen Parolen im Ringen um Globalisierung stehen Grundwerte. Welche sind aus Sicht des christlichen Glaubens massgebend und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander?

Der Titel der vorliegenden Orientierungshilfe des SEK ist Antwort auf diese Frage und zugleich Programm: *Globalance*. Globalisierung braucht eine globale Wertebalance mit dem Ziel, Schwächere zu stärken und Ungerechtigkeiten mitsamt deren Ursachen abzubauen. Damit wird Globalisie-

rung zur Globalance. Sie kann dann menschendienlich sein, das heisst im Dienst der Menschen und ihrer solidarischen Gemeinschaft stehen, wenn sie Extremismen vermeidet und die Balance findet zwischen Werten, die in einer gewissen Spannung zueinander stehen, aber zusammengehören.

Eine Ursache wirtschaftlicher, sozialer, politischer und religiöser Konflikte ist die Verabsolutierung und Extremisierung von Werten. Ein Beispiel: Im staatskapitalistischen Kommunismus wurde Gerechtigkeit als Gleichheit verabsolutiert. Damit wurden persönliche Freiheit und Würde missachtet. Im privatkapitalistischen Neoliberalismus wird die Freiheit des einzelnen verabsolutiert. Damit öffnet sich die Schere zwischen arm und reich; die soziale Gerechtigkeit wird missachtet. Extremere wirtschaftlicher Protektionismus führt zu Behinderungen von Entwicklung; umgekehrt erleiden bei der überstürzten Öffnung aller Märkte unter ungleichen Partnern schwächere Länder oft gravierende Nachteile gegenüber wettbewerbsstarken Unternehmen und Ländern. Die Diskussion um Globalisierung und Entglobalisierung ist Ausdruck polarisierter Werte. Sie ist oft Ausdruck ideologischer Fundamentalismen, die scheinbar einfache Lösungen wie «Öffnet die Grenzen!» oder «Schliesst die Grenzen!» propagieren. Die Opfer solcher polarisierender Konflikte sind immer wieder die Schwächeren einer Gesellschaft.



Fünf Werte-Paare

Der Polarisierung wird das Konzept Globalance als Wertebalance entgegengestellt. Eine Wertebalance setzt Werte, die als richtig anerkannt werden, aber in Spannung zueinander stehen oder gar einander entgegengesetzt sind, wieder in eine Beziehung zueinander. Diese Wertebalance gilt es im individuellen, lokalen, nationalen sowie im globalen Handeln zu suchen. Globalance als Wertebalance ist nicht eine Politik der Mitte, des faden Kompromisses, die es allen Recht machen will und niemandem weh tut. Sie hält vielmehr die kreative Spannung zwischen Wertepaaren aus und sucht Lösungen im Dienst der Schwächeren. Sie führt zu einer Globalisierung der Menschenrechte, da diese mit den individuellen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten die gesamte Spannweite an Werten in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit enthalten. Globalance führt zu einer selektiven Globalisierung, die bei jeder Entscheidung aufgrund der Werte prüft, ob und was globalisiert werden soll oder nicht.

Die SEK-Position Globalance fordert dazu auf, insbesondere folgende fünf Werte-Paare in eine Wertebalance zu setzen:

- Freiheit und Gerechtigkeit
- Veränderung und Bewahrung der Schöpfung
- Empowerment/Macht und Verantwortung
- Partizipation und Solidarität
- Einheit und Vielfalt

Beispiel: Wertebalance von Freiheit und Gerechtigkeit

So fördert zum Beispiel die Vergrößerung der Freiheit durch Öffnung von Grenzen und Märkten das Leben Schwächerer nur, wenn diese Freiheit auch mit einer Vergrößerung der Gerechtigkeit und des gerechten Zugangs möglichst vieler Menschen zu Ressourcen und damit Lebenschancen verbunden ist. Die Vergrößerung der Konsumfreiheit der einen darf nicht zur Verringerung der Freiheit anderer führen. Je nach Situation ist dabei der eine oder andere Wert mehr zu betonen. In einer Diktatur ist Freiheit einzufordern, in einer Laisser-Faire-Gesellschaft die soziale Gerechtigkeit und die Solidarität mit den Schwächeren.

Dass Gerechtigkeit und Freiheit eng zusammen gehören, zeigt sich gerade in der wirtschaftlichen Globalisierung: Wo Mitmenschen mit Löhnen unter dem Existenzminimum ausgebeutet werden oder verhungern, wo die Umwelt zerstört oder ein politischer oder handelstechnischer Schutzwall um den eigenen Reichtum gezogen wird, da ist Gerechtigkeit und Gemeinschaft gefährdet. Wo Reiche vor Armen Schutzwälle errichten, ist auch ihre eigene Freiheit gefährdet.

Den Glauben bekennen, stärken, leben – auch in Wirtschaftsfragen

Für den christlichen Glauben sind alle Bereiche des Lebens vor Gott zu verantworten, auch das wirtschaftliche und politische Handeln. Es gibt keine Bereiche des Lebens, in denen Christinnen und Christen nicht Jesus Christus, sondern anderen Mächten verpflichtet wären. Diesen Glauben gilt es auch angesichts wirtschaftlicher Globalisierung in Wort und Tat zu bezeugen, zu stärken und zu leben. Dazu unterbreitet der SEK mit dem vorliegenden Positionspapier konkrete Empfehlungen an die SEK-Mitgliedkirchen auf allen Ebenen – so insbesondere in Kapitel 5.1.

Der SEK sieht aufgrund seiner Analysen und Wertentscheidungen in einer *sozial, ökologisch und global verbindlich regulierten Marktwirtschaft* am ehesten ein tragfähiges System zur Lösung der Herausforderungen. Er anerkennt gleichzeitig die Berechtigung unterschiedlicher Wirtschaftsmodelle und geht im weitern davon aus, dass Probleme nur über eine Reihe demokratisch abgestimmter und koordinierter Reformprozesse und eine abgestimmte Mehr-Ebenenpolitik gelöst werden können. Dabei geht es sowohl um Veränderungen des globalen Wirtschaftssystems als auch um die Stärkung wirtschaftlicher Prozesse auf regionaler und lokaler Ebene.

Die Abgeordnetenversammlung des SEK hat am 7. November 2005 die Position «Globalance» zustimmend zur Kenntnis genommen und den Rat SEK aufgefordert, Massnahmen zur Umsetzung ausgewählter Empfehlungen vorzuschlagen. Der SEK richtet sich dabei an seine Mitgliedkirchen, deren Kirchgemeinden und an sich selbst, aber als Teil der Gesellschaft auch an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Globalisierte Ethik im neuen Globethics.net

Globethics.net ist ein neues globales Netzwerk von Ethikerinnen und Ethikern aller Kontinente. Ziel des Netzwerks ist es, angesichts der Globalisierung nach globalen und kontextuellen ethischen Orientierungen zu suchen.

Globethics.net ist ein offenes Netzwerk, das bereits 45 Institutionen und über 100 Einzelpersonen aller Kontinente in sich vereint. Mit Globalethics.net sollen vor allem Ethik-Institutionen im Süden gestärkt und ihnen ein vereinfachter Zugang zu den Debatten auf andern Kontinenten verschafft werden. Globethics.net arbeitet insbesondere als dezentrales elektronisches Netzwerk, indem die teilnehmenden Personen und Institutionen ihre Anliegen und Dokumente selbst auf die Globethics.net-Webseite aufschalten und so mit andern kostenfrei teilen können. Zurzeit arbeiten vorwiegend christlich orientierte Institutionen im Netzwerk mit; philosophische und religiöse Ethik anderer Religionen sollen aber in Zukunft vermehrt miteinbezogen werden.

Globethics.net wurde gegründet und wird präsiert vom Leiter des ITE des SEK, Christoph Stückelberger. Das Sekretariat des Netzwerks ist in Genf im Gebäude des ÖRK angesiedelt. Geführt wird es von Jean-Daniel Strub als Koordinator und Evelyn Appiah als Projektassistentin. Der Schweizer Strub doktoriert in theologischer Friedensethik; Appiah aus Ghana ist spezialisiert in internationaler Bildungsarbeit. Das Netzwerk wird unter anderem von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt.

«Responsible Leadership» war der thematische Schwerpunkt der zweiten internationalen Globethics.net-Konferenz. 35 Ethikerinnen und Ethiker aus 22 Ländern von fünf Kontinenten trafen sich vom 23. bis 28. September 2005 in Bangkok. Unter dem Thema «Verantwortlich führen – globale und kontextuelle Herausforderungen» suchten die – überwiegend christlichen – Ethik-Fachleute nach Richtlinien und Kriterien für ethisches Verhalten in Führungspositionen in sechs aktuellen Teilbereichen: Familie, Erziehung/Schule, Politik, Wirtschaft, Kirche/Religionen und Medien. In 25 Einzelbeiträgen wurden die unterschiedlichen Kontexte von Südkorea bis Südafrika, von Russland bis Brasilien, von Kamerun bis Kanada, von Deutschland bis China deutlich. Zugleich gelang es, gemeinsame globale Elemente für Prinzipien verantwortlichen Führens zu entwickeln. Ausgangspunkt der Konferenz war der vor kurzem erschienene erste Sammelband «Responsible Leadership» des globethics.net*. Acht international zusammengesetzte Arbeitsgruppen arbeiten an Themen wie Gender-Ethik, politische Ethik, Vergleich der Kirche-Staat-Beziehungen, christliche und islamische Ethik, Wirtschaftsethik u.a.

Christoph Stückelberger, Leiter ITE des SEK

*Christoph Stückelberger/Jesse Mugambi (Hg.), *Responsible Leadership. Global Perspectives*, Nairobi 2005, 160 S. Für weitere Informationen: www.globethics.net

Ein starkes langsames Bohr mit Leidenschaft und

Die SEK-Position «Globalance» ist das Referenzdokument für den Standpunkt des SEK im Rahmen der kommenden Debatten über Globalisierung auf internationaler Ebene – zum Beispiel in Porto Alegre – und beschreibt die Haltung, die der SEK bei Stellungnahmen an den Bundesrat und die eidgenössischen Räte einzunehmen gedenkt. «Globalance» ist nicht einfach ein abgeschlossenes Statement, sondern gleichzeitig so etwas wie ein «Sondierungspapier». Der Diskussionsprozess innerhalb des SEK und der Dialog mit den Mitgliedkirchen sowie den Hilfs- und Missionswerken sind mit dem vorliegenden Dokument nicht beendet – sie erhalten vielmehr neuen Auftrieb.

Peter Schmid

Der SEK hat seine «Christlichen Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung» veröffentlicht. Hauptautorin und Hauptautor sind Hella Hoppe und Christoph Stückelberger. Die Abgeordneten des SEK äusserten sich an ihrer Versammlung im November zu diesem Positionspapier und nahmen es zustimmend zur Kenntnis. Wenn ich mir die zahlreichen darin enthaltenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen vor Augen führe, dann kommt mir als Titel dieses Beitrags das angeführte Zitat von Max Weber¹ in den Sinn.

Grundsätzliches zum Thema

Man kann gegen Alles sein, auch gegen das Wetter und die Globalisierung. Die Frage ist einzig, ob mit einer fundamentalen Gegnerschaft irgendjemandem gedient ist. Es gibt Hinweise darauf, dass menschliche Unvernunft das Klima ungünstig beeinflusst; es gibt Wetterlagen, die rufen nach einem Schirm. Die Globalisierung ist ein teilweise schwer fassbares Phänomen – schon ihr Beginn lässt sich nicht eindeutig festlegen. Er liegt irgendwo zwischen den Anfängen der «entdeckungsfreudigen» Seefahrt und den heutigen Möglichkeiten zur Übermittlung von Daten und Informationen in Höchstgeschwindigkeit. Gesucht ist so etwas wie der «Schirm», der Frauen und Männer, Mädchen und Knaben, aber auch die Um- und Mitwelt vor den negativen Folgen der Globalisierung wirkungsvoll schützt. Mit Absicht schreibe ich hier nicht einfach von Menschen. Eine der Stärken der SEK-Position sehe ich in ihrer «geschlechterdifferenzierten» Argumentation.

Die Globalisierung ist kein monokausales Phänomen, das sich stets sauber in Ursache und Wirkung trennen lässt. Macht und Einfluss sind sehr unterschiedlich verteilt. Es gibt

einerseits eindeutig Täter und Opfer; andererseits ist beim genauen Hinsehen und echter «Ortskenntnis» die Rollenverteilung nicht immer so leicht festzulegen. Der Umgang mit komplexen Zusammenhängen kann sich nicht in einfachen Rezepten erschöpfen. Die eine, einzig richtige Massnahme, die mit einem einzigen wirkungsvollen Schlag alles Unrecht beseitigen kann, gibt es nicht.

Ralf Dahrendorf schreibt zum Thema: «Die Probleme und die Chancen eines Zeitalters der Globalisierung halten sich die Waage. Ob die Menschheit den Problemen erliegt oder die Chancen ergreift, wagt man nicht vorherzusagen. Dass sie etwas von beidem tun wird, ist wohl die sicherste Prognose.» Von den Chancen her betrachtet meint Dahrendorf, dass es darum gehen wird, «die wirtschaftlichen Chancen des globalen Marktplatzes zu nutzen, zugleich solidarische Bürgergesellschaften zu erhalten, ja vielleicht neu zu schaffen, und das alles im Rahmen liberaler politischer Institutionen zu erreichen. Wohlstand, Bürgersinn und Freiheit müssen gleichzeitig gesichert sein.»² Ich meine nicht, dass sich die Welt bereits auf der von Dahrendorf skizzierten Zielgerade befindet. Ich glaube aber, dass jener, welcher das Böse bekämpfen will, eine genaue Vorstellung vom Guten haben muss. Sonst werden beispielsweise Diktatoren beseitigt, ohne dass dabei eine ausreichende kulturelle und konzeptionelle Vorstellung darüber herrscht, wie der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates zu bewerkstelligen sei.

Es besteht kein Grund zu europäischer Überheblichkeit, es gibt aber auch keine ausreichende Begründung für europaweite, ausschliessliche Scham. Die Durchsetzung von Bürgerrechten, die Anerkennung von Differenzen, die Propagierung von Toleranz und Respekt im so genannten Multikulturalismus – das alles sind auch westliche Konzepte. Europa hat nicht nur Kapitalismus, Kolonialismus und

en von harten Brettern Augenmass zugleich

Gesucht ist der «Schirm», der die Menschen vor den negativen Folgen der Globalisierung schützt.





Foto: imagepoint/Jörg Volkmann

Die eine, einzig richtige Massnahme, die auf einen Schlag alles Unrecht beseitigen kann, gibt es nicht.

Imperialismus hervorgebracht, sondern auch deren konsequente Kritik. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass die christlichen Kirchen Europas einen Beitrag zu einer menschen- und umweltgerechteren Globalisierung leisten können – ja müssen.³

Ich stehe unter dem Eindruck, dass unsere Kirchgemeinden dazu neigen, sich stark mit sich selber zu beschäftigen. Die Beschaffung einer Kaffeemaschine für das Kirchgemeindehaus steht oftmals deutlicher im Blickfeld als die weltweiten Zusammenhänge, und im Übrigen werden es die Max-Havelar-Kaffeebohnen schon richten. Regelmässige Beiträge an die kirchlichen Hilfs- und Missionswerke sind eine gute Sache – doch die Erfahrungen ‹vor Ort›, über die unsere Werke in reichem Masse verfügen, werden in unseren Gemeinden zu wenig reflektiert.

Diskussion zum Thema

Die SEK-Position ist nicht einfach ein abgeschlossenes Statement, sie ist gleichzeitig so etwas wie ein ‹Sondierungspapier›. Der Diskussionsprozess innerhalb des SEK und der Dialog mit den Mitgliedkirchen und den Hilfs- und Missionswerken sind mit dem vorliegenden Dokument nicht beendet, sie erhalten vielmehr neuen Auftrieb.

Erfreulicherweise nahm die Abgeordnetenversammlung nicht nur Kenntnis vom Positionspapier, sondern beschloss ausdrücklich ‹zustimmende Kenntnisnahme›. Inhaltlich war die Debatte nicht einfach zu interpretieren. Es gab viel Zustimmung; ein Stück weit blieb aber unklar, wozu genau Zustimmung erfolgte. Abgesehen von wenigen Ausnahmen äusserten sich die Votierenden deutlicher zum Formalen sowie zu weiteren Aufträgen. Der Leserschaft des Papiers war einiges zugemutet worden – der Umfang des Berichtes gab denn auch zu Bemerkungen Anlass. Die ebenfalls vorliegende Kurzfassung wurde offenbar übersehen. Die Komplexität des Themas ruft nun aber einmal nach umfassender

Darstellung. Der Begriff ‹Globalance› kann auf den ersten Blick hin missverstanden werden – es geht hier nicht um den berühmten ‹freundeidgenössischen› Kompromiss. ‹Globalance› meint zum Beispiel folgendes: Religionsfreiheit ist ein wichtiges Gut, sie darf jedoch nicht die Menschenrechte in Frage stellen; Meinungsäusserungsfreiheit ist die Basis jeglicher Demokratie – sie endet spätestens dann, wenn sie dazu missbraucht wird, rassistische Parolen zu verbreiten oder erfolgten Völkermord zu bestreiten. Man mag darüber diskutieren, ob die Studie alle denkbaren Werte berücksichtigt. Die gewählten sind jedoch sicherlich nicht falsch!

Die unmittelbare Zukunft

Die SEK-Position ist das Referenzdokument für die Haltung des SEK im Rahmen der Debatten des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) – zum Beispiel in Porto Alegre – und des Reformierten Weltbundes (RWB). Sie beschreibt die Haltung, die der SEK bei Stellungnahmen an den Bundesrat und die eidgenössischen Räte einzunehmen gedenkt. Schliesslich enthält sie eine Fülle von Empfehlungen an die Mitgliedkirchen und ihre Gemeinden. Dabei geht es nicht darum, alle Folgerungen gleichzeitig und an allen Orten zur Sprache zu bringen. Es ist schon viel getan, wenn die Mitgliedkirchen und ihre Gemeinden zwei, drei ausgewählte Punkte konsequent weiterverfolgen. Das in diesem Zusammenhang von der Abgeordnetenversammlung gewünschte Zusatzdokument wird hierzu eine Hilfe sein.

¹ Max Weber, *Politik als Beruf*, Berlin 1919/1982.

² Ralf Dahrendorf, ‹Chancen und Risiken der Globalisierung›, in: *Der Wiederbeginn der Geschichte*, München 2004.

³ Zusammengefasst aus: Hans Christoph Buch, *Standort Bananenrepublik*, insbesondere: ‹Wer oder was ist postkolonial?›, Springer 2004.

10 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking – wo stehen wir heute?

Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurden «Gender Mainstreaming», das heisst die Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe, und das «Empowerment» von Frauen als vorrangige Ziele definiert. Gleiche soziale, ökonomische und politische Entscheidungsrechte für Frauen und eine gleichberechtigte Verfügung über Ressourcen setzen diesem Ansatz zufolge voraus, dass strukturelle Ungleichheitslagen verändert werden.

Entsprechend ist es das Anliegen der SEK-Position «Globalance», in Kernfragen der Globalisierung ausgewählte genderspezifische Aspekte aufzugreifen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Welt-handelssystem, globale Finanz- und Arbeitsmärkte, ökologische Nachhaltigkeit sowie Frieden und kollektive Sicherheit. Zusätzlich werden genderspezifische Themen separat diskutiert, wenn es beispielsweise um Fragen der Gesundheit geht – insbesondere mit Blick auf HIV/Aids oder die Migration von Frauen als Folge ökonomischer Anpassungsprozesse. Drei ausgewählte Aspekte der Position «Globalance» seien im Folgenden exemplarisch genannt:

- Internationale Handels- und Finanzverflechtungen verändern die Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern sowohl hinsichtlich der Erwerbsarbeit als auch der unbezahlten Arbeit. Beispielsweise haben die so genannten

«Freien Exportzonen» in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern zwar zu einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit geführt. Die für den Export ausschlaggebenden Kostenvorteile der Freien Exportzonen beruhen jedoch oftmals auf geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und auf prekären Arbeitsbedingungen.

- Durch Finanzkrisen, insbesondere die Asiatische Finanzkrise, verloren viele Frauen nicht nur ihren Arbeitsplatz, sie kompensierten gleichzeitig weitere Einkommensverluste des Mannes durch Mehrarbeit im informellen Bereich oder über die Migration ins Ausland. Die Rücküberweisungen der Frauen führen zu einer Erhöhung der Deviseneinnahmen und damit zu einer Stabilisierung der von den Finanzkrisen betroffenen Länder.

- Frauen werden durch geschlechtsspezifische Gewaltausübungen und Menschenrechtsverletzungen wie Vergewaltigung und Zwangsprostitution Opfer in Konflikten und Kriegen. Frauen sind jedoch nicht nur Opfer, sie spielen auch eine wichtige Rolle bei der Vorbeugung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Friedenskonsolidierung. Diese veränderte Wahrnehmung der Rolle von Frauen in Kriegen, Konflikten und Friedensprozessen spiegelt sich insbesondere in der UNO-Resolution 1325 wider.

Zehn Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking zeigt sich, dass die Institutionalisierung von Frauenrechtspolitik beschleunigt werden konnte, eine Verbesserung der Gleichstellung von Frauen im täglichen Arbeiten und Leben jedoch in vielen Fällen nicht erreicht wurde. Zahlreiche Probleme haben sich verschärft, neue sind hinzugekommen. Studien zeigen, dass viele Entwicklungen bestenfalls als ambivalent zu bezeichnen sind. So leben beispielsweise in Afrika und Osteuropa heute mehr Frauen in Armut als vor zehn Jahren, in China hingegen konnte die Armut von Frauen deutlich reduziert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen zeichnet sich ab, dass es eine zentrale Herausforderung ist, die (makro)ökonomischen Prozesse der Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die lokale Ebene aus geschlechtsspezifischer Sicht eingehender zu analysieren, Statistiken zu erstellen und entsprechende politische Antworten umzusetzen. Ein wichtiges Anliegen von «Globalance» ist es, auf diese Notwendigkeit hinzuweisen und einige Ansatzpunkte für Veränderung aufzuzeigen.

«Globalance» und der Millennium+5-Gipfel in New York

Die Stärkung der UNO als multilaterale Institution ist eine wichtige Handlungsperspektive der SEK-Position «Globalance». Der Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen hat in dieser institutionellen Frage wegweisende, aber auch enttäuschende Ergebnisse gezeitigt.

Hella Hoppe

Kirchen haben sich seit Gründung der Vereinten Nationen vor genau 60 Jahren stets dafür eingesetzt, die UNO als wichtigste multilaterale Institution zu stärken. Gerade angesichts der grundlegenden Herausforderungen, vor denen die internationale Staatengemeinschaft und damit die Vereinten Nationen derzeit stehen – Armut, Wasserknappheit und Klimawandel, ungleichgewichtiger Welthandel, die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, Kriege und Konflikte, Völkermorde – sind es die multilateralen Lösungen, die es mit aller Kraft anzustreben und zu unterstützen gilt.

Diese institutionelle Frage ist – neben anderen Fragen – eine wichtige Handlungsperspektive der Position «Globalance» und wird an verschiedenen Stellen im Text thematisiert (vgl. auch unten den Teilbereich «Perspektiven» im Inhaltsverzeichnis der Position). Da der Redaktionsschluss des Positionspapiers zeitlich vor dem wegweisenden Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen lag, welcher vom 14. bis 16. September 2005 in New York stattfand, werden im vorliegenden Artikel einige wichtige Ergebnisse des Gipfels ergänzt.

Vorrangiges Ziel des hochkarätigen Treffens in New York war eine Zwischenbilanz zum Umsetzungsstand der UNO-Millenniumsziele. Das Treffen diente auch dazu, das institutionelle Gefüge der Vereinten Nationen mit Blick auf die zunehmende Verflechtung von Armutsbekämpfung, Schutz der Menschenrechte und Stärkung von Frieden und kollektiver

Sicherheit zu reformieren. Somit waren im Millennium+5-Gipfeltreffen im Grunde vier thematische «Mini-Gipfel» enthalten, mit entsprechend ehrgeizigen Anliegen und Forderungen.

UNO-Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015

- 1 Extreme Armut und extremen Hunger bis 2015 beseitigen
- 2 Grundschulbildung für alle gewährleisten
- 3 Gleichstellung von Frauen fördern und Frauen stärker ermächtigen
- 4 Kindersterblichkeitsrate senken
- 5 Gesundheit von Müttern verbessern
- 6 HIV/AIDS, Malaria und andere Seuchen bekämpfen
- 7 Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung gewährleisten
- 8 Eine globale Partnerschaft für Entwicklung fördern

Im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels war es das Anliegen des SEK, seine Position mit den Studien «Die UNO mit Reformen stärken» und «Globalance» sowohl in die Meinungsbildungsprozesse der Mitgliedkirchen einzubringen, als auch fundiert in der Schweizer Aussenpolitik und Öffentlichkeit zu artikulieren. So fand am 28. September eine Tagung der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) mit dem Titel «Die MDG nach dem Gipfel» unter Einbezug des SEK statt, auf der ein erstes Resumé zu den Ergebnissen des Millennium+5-Gipfels gezogen wurde.

Positiv bewertet wurden die Ergebnisse im Bereich Schutz der Menschenrechte. So wenden sich die UNO-Mitgliedstaaten im Abschlussdokument des Millennium+5-Gipfels gegen eine Relativierung der Menschenrechte auf der Basis

von religiösen oder kulturellen Kennzeichen. Gleichzeitig werden die spezifischen Menschenrechte der Frau anerkannt. Von zentraler Bedeutung ist der Beschluss der internationalen Staatengemeinschaft, die in der Kritik stehende Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat abzulösen. Es ist zu erwarten, dass die Menschenrechte – sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen – durch diese Reformen und Beschlüsse gestärkt werden.

Die Ergebnisse des Millennium+5-Gipfels zum Thema Frieden und kollektive Sicherheit werden gemessen an der – bislang erfolglosen – Suche nach einem Konsens in der Frage nach einer Reform des UNO-Sicherheitsrates. Dadurch wird jedoch der an anderer Stelle erzielte Konsens verdeckt. Dazu gehört beispielsweise der Beschluss, eine hochrangige Kommission zur Friedenskonsolidierung einzurichten. Diese wird die Aufgabe übernehmen, in einem Land wirksame stabilisierende Massnahmen zu definieren und durchzuführen, wenn sich dieses in der kritischen Übergangsphase von Konflikt und Krieg zu einem nachhaltigen Frieden befindet.

Enttäuschend ist der Konsens des Millennium+5-Gipfels hinsichtlich entwicklungspolitischer Beschlüsse. Der Misserfolg liegt auch darin begründet, dass von einzelnen Staaten zum Teil sehr kurzfristig erhebliche Änderungen an bereits vordiskutierten Textentwürfen für die Abschlussdeklaration des Millennium+5-Gipfels vorgenommen wurden. Im Resultat finden sich im Abschlussdokument nun weder ein verbindlicher Stufenplan zur Erreichung des Ziels, bis 2015 0,7%

des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, noch die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente. Dass die von zahlreichen NGOs geforderte Einrichtung eines globalen Entscheidungsgremiums für sozio-ökonomische Fragen nicht aufgegriffen wurde, sei hier nur am Rande erwähnt. Positiv ist zu vermerken, dass aus gender-spezifischer Sicht die ursprünglich verengte Perspektive des Millenniumsziels 3 ausgeweitet werden konnte. Es gelang, zentrale Forderungen der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz in das Abschlussdokument des Millennium+5 Gipfel zu integrieren.

Wie die Ergebnisse des Millennium+5-Gipfels im Einzelnen umgesetzt werden, wird nun von den weiteren Verhandlungen der internationalen Staatengemeinschaft abhängen. Aus Sicht der SEK-Position «Globalance» wäre es wichtig, die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Umsetzung der Millenniumsziele, des Schutzes der Menschenrechte, der Friedenskonsolidierung und institutioneller UNO-Reformen in die Programmarbeit des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), die in Porto Alegre beschlossen wird, einzubringen. Der ÖRK ist die weltweit wichtigste Stimme der Kirchen der UNO gegenüber.

Hella Hoppe, Beauftragte für Ökonomie am ITE des SEK

(Handlungs-)Perspektiven der Studie «Globalance»

- | | | | |
|-------|---|-------|--|
| 5.1 | Den Glauben in Wort und Tat bezeugen | 5.3 | Macht teilen |
| 5.1.1 | Den Glauben bekennen | 5.3.1 | Schwächere stärken mit den Millenniumszielen |
| 5.1.2 | Den Glauben stärken | 5.3.2 | Weltordnungspolitik stärken |
| 5.1.3 | Den Glauben leben | 5.3.3 | Globale öffentliche Güter als Katalysator einer Weltinnenpolitik |
| 5.2 | Wirtschaftlich-politische Verantwortung übernehmen | 5.3.4 | Frieden schaffen und Sicherheit fördern |
| 5.2.1 | Arbeit fair verteilen | 5.3.5 | Empowerment von Frauen – Geschlechterbeziehungen gerecht gestalten |
| 5.2.2 | Welthandel fair und gerecht gestalten | | |
| 5.2.3 | Finanzmärkte stabilisieren | | |
| 5.2.4 | Schöpfung nachhaltig bewahren | | |
| 5.2.5 | Technologien wertorientiert entwickeln und anwenden | | |

Das Globalisierungspapier der KEK – «European Churches living their Faith in the Context of Globalisation»

Im Nachgang zur Generalversammlung 2004 des Reformierten Weltbundes (RWB) in Accra hat sich gezeigt, dass insbesondere die Kirchen Europas vor der Herausforderung stehen, sich gemeinsam klarer zur wirtschaftlichen Globalisierung zu äussern. Namentlich vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Osteuropa wurden profilierte Aussagen gefordert. Mit ihrem Globalisierungspapier liefert die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) eine wichtige Grundlage zur Vorbereitung der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Porto Alegre.

Die KEK setzt sich seit den späten 80er Jahren mit Fragen der Wirtschaft und Globalisierung auseinander und übt über ihre Kommission *Kirche und Gesellschaft* eine vermittelnde Funktion zwischen den Kirchen und den Institutionen der EU aus. Die Kommission vertritt zusammen mit ihren Partnerorganisationen die Kirchen bei den europäischen Institutionen. In Zusammenarbeit mit dem europäischen Gebietsausschuss des RWB hat die KEK eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, die spezifisch europäischen Erfahrungen der Kirchen zu reflektieren. Diese Vorarbeit soll es den Mitgliedkirchen der KEK ermöglichen, in Porto Alegre mit einer Stimme zu sprechen – im Sinne eines europäischen Kommentars zum AGAPE-Aufruf des ÖRK. Mit der Co-Leitung der Arbeitsgruppe wurde Serge Fornerod, Leiter der Abteilung Kirchenbeziehungen des SEK, betraut. Die Gruppe hat ein entsprechendes Papier erarbeitet, das nun vom Exekutivausschuss der Kommission *Kirche und Gesellschaft* genehmigt worden ist. Es wird den europäischen Delegationen in Porto Alegre als Diskussionsgrundlage dienen.

Das Globalisierungspapier der KEK ist als ein Beitrag der europäischen Kirchen im Rahmen der globalen ökumenischen Bewegung zu werten, die nicht nur die Kirchen, sondern auch die Menschen zusammenführen will. Es fragt deshalb nach den Ursachen von Konflikten zwischen Konfessionen und Religionen, zwischen Ethnien und Weltregionen, zwischen Arm und Reich. Das Papier baut auf der positiven Erfahrung der europäischen Kirchen und ihrem Zusammenleben auf, die ohne die historische Erfahrung einer langen Zeit der Trennung im Kalten Krieg nicht zu verstehen ist. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verstärkten die europäischen Kirchen ihr Engagement aufgrund des

christlichen Glaubens für ein humanes, sozial bewusstes Europa, in dem die Menschenrechte sowie die Grundwerte Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Toleranz, Partizipation und Solidarität hochgehalten werden. Die europäischen Kirchen unterstreichen die Bedeutung der Achtung des Lebens, des Respekts vor der Armut, der Bereitschaft zur Vergebung und vor allem des Mitgefühls. In der Globalisierung sehen sie einen Prozess, der sowohl Chancen als auch Risiken in sich birgt und damit weder kategorisch abzulehnen noch unkritisch zu unterstützen sei. Einerseits liege in der Globalisierung die Möglichkeit, die Welt als Einheit zu verstehen; Globalisierung habe das Potential, Monopole abzubauen und allen ein würdiges Leben zu sichern. Andererseits drohe im Zuge der Globalisierung die Einebnung der ökonomischen, kulturellen und politischen Vielfalt, die Zerstörung der Umwelt sowie die Vergrößerung der Armut im Zuge der Privatisierung öffentlicher Güter, dem Missbrauch von Wissenschaft, Technologie und politischer Macht sowie intensiviertem Wettbewerb unter Ungleichen.

Das Papier der KEK verurteilt diese negativen Tendenzen der Globalisierung und die sich in ihnen spiegelnden Marktideologien. Ihnen gelte es ein System der *global governance* entgegenzusetzen und globale Institutionen aufzubauen, die es verstünden, für eine angemessene Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Aspekte zu sorgen. Die Aufgabe der Kirchen sei es, ihr Netzwerk zugunsten gegenseitiger Unterstützung, Bildung und Reflexion zu stärken. ee/SF

Das Globalisierungspapier der KEK kann im Internet unter <http://www.cec-kek.org/pdf/Globalisationpositionpaper.pdf> heruntergeladen werden.

Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre – Vorbereitungen in vollem Gange

Vor welchen Herausforderungen steht der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK)? Welches ist der Platz der orthodoxen Kirchen in seinen Reihen, und kann er mit evangelikalen und charismatischen Bewegungen einen konstruktiven Dialog aufnehmen? Wie wird sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) in die kommende ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre einbringen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich ein nationales Vorbereitungstreffen, zu dem der SEK am 24. November 2005 zahlreiche Gäste nach Bern eingeladen hatte.

Die 9. Vollversammlung des ÖRK wird vom 14. bis 23. Februar 2006 in Porto Alegre (Brasilien) stattfinden. Tausende von Delegierten, Beobachterinnen, Gästen und Dolmetschern aller sechs Kontinente werden sich unter dem Motto «In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt» in der Symbolstadt der globalisierungskritischen Bewegung einfinden. Im Namen seiner Mitgliedkirchen wird der SEK eine vierköpfige Delegation nach Porto Alegre entsenden – bestehend aus dem Präsidenten des Rates SEK, Thomas Wipf, Christoph Stückelberger (Institut für Theologie und Ethik des SEK), Isabelle Ott-Baechler (Kirchenpräsidentin Neuenburg) und Lilian Studer-Senn (Frauenkonferenz des SEK). Doch Dutzende weiterer Schweizerinnen und Schweizer werden zugegen sein – sei es im Rahmen einer Weiterbildungsreise der Pfarrerinnen und Pfarrer, sei es im Mutirão (Panelveranstaltung), sei es als Teilnehmende, als Dolmetschende oder als Helfende. Eine eigene Gruppe wird die Kirche Bern-Jura-Solothurn entsenden.

Zum Vorbereitungstreffen vom 24. November 2005 hatte der SEK nach Bern eingeladen, um die an der Grossveranstaltung in Porto Alegre Teilnehmenden mit den zentralen

Diskussionsthemen des Anlasses vertraut zu machen und ganz spezifisch auf diejenigen Themen einzugehen, die für die SEK-Delegation von besonderem Interesse sind. Die letzte Vollversammlung von Harare (Simbabwe, 1998) hatte dem ÖRK nämlich zwei Aufträge erteilt: Zum einen sollten Platz und Beziehung der orthodoxen Kirchen innerhalb des ÖRK geklärt bzw. die internen Abläufe modifiziert werden – mit dem Ziel, Positionsbezüge und deren Umsetzung zu vereinfachen. Zum anderen sollte das Engagement der Mitgliedkirchen für wirtschaftliche Gerechtigkeit verstärkt werden. Besondere Aktualität fällt diesem Thema am symbolträchtigen Ort Porto Alegre und im Nachgang zur letztjährigen Generalversammlung des Reformierten Weltbundes (RWB) in Accra zu.

Pfarrer Martin Robra vom ÖRK-Team «Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung» hielt in Bern die anstehenden Herausforderungen fest. Mit der häufig beschworenen Krise der ökumenischen Bewegung sei in der Tat ein tiefgreifender kultureller Transformationsprozess benannt, der – nach den anfänglichen Erfolgen der ökumenischen Bewegung – eine nicht nur unvermeidliche, sondern vielmehr auch notwen-



dige Entwicklung darstelle. Die wachsende Interdependenz zwischen Völkern und Nationen führe nicht in gerader Linie zu grösserer Einheit und Gerechtigkeit, sondern zu Gegenreaktionen – zum Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Abgrenzung der unterschiedlichen Kulturen und Religionen gegen eine vor allem wirtschaftlich, politisch und militärisch dominierte und deshalb hegemonial verfasste vereinheitlichende Dynamik. Die Bedrängung kultureller und religiöser Pluralität, wachsende soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung sowie zunehmende Gewalt- und Kriegsbereitschaft auf allen Ebenen des Zusammenlebens stellten vor diesem Hintergrund die drängendsten Herausforderungen dar. Diese müssten eingedenk der Verschiebung des Schwergewichts der Christenheit vom Norden in den Süden, der Vernachlässigung ökumenischer Ausbildung, der Notwendigkeit einer Neugestaltung der Organisationen der ökumenischen Bewegung und der Tatsache, dass die Kirchen selbst von den Spaltungen der Menschheit betroffen seien, angegangen werden.

An der Versammlung in Porto Alegre wird es also in erster Linie um die Zukunft der ökumenischen Bewegung und der thematischen Arbeit des ÖRK gehen. Dabei stehen für den ÖRK die Stärkung der Beziehungen mit den orthodoxen Kirchen und der Aufbau konstruktiver Beziehungen zu den in starkem Wachstum begriffenen neoprotestantischen evangelikalen und charismatischen Kirchen im Vordergrund.

Walter Hollenweger, der für seine Offenheit derartigen Fragen gegenüber bekannte emeritierte Theologieprofessor, äusserte sich am Berner Vorbereitungstreffen mit markanten Worten: Der Mittelpunkt des Christentums befinde sich derweil nicht mehr in unseren Breitengraden, sondern in den mündlichen Kirchen des Südens. Unter mündlicher Theologie sei eine Theologie zu verstehen, die nicht mit dem

Buch, sondern mit der Parabel arbeite – statt der These das Theater, statt den Konzepten die Bankette, statt teuren Bauprogrammen biblische Bildungsprogramme, statt Definitionen Deskriptionen und statt Argumenten Berichte eines verwandelten Lebens hochhalte. Die mündlichen Kirchen befänden sich in einem rasanten Wachstum, und der ÖRK sei eben erst daran, diese Mehrheitskirchen der Zukunft zu entdecken. Die mündlichen Kirchen seien unabhängig von den Missionsgesellschaften und brauchten deren Geld nicht, weshalb sie hierzulande auch kaum Beachtung fänden. Porto Alegre biete die Gelegenheit, diese mündlichen Kirchen und ihre erzählte Theologie kennenzulernen.

Im Rahmen eines Podiumsgesprächs bot das Vorbereitungstreffen in Bern seinerseits den Teilnehmenden die Gelegenheit, über jene Themen zu diskutieren, für die der Rat SEK seiner Delegation ein Mandat formulieren wird. Von zentraler Bedeutung für die SEK-Delegation werden allem voran

- die Vertretung der Positionen des SEK gemäss seinem Basisdokument «Globalance» und eine durch die Konferenz der europäischen Kirchen (KEK) erarbeitete Antwort auf das vom ÖRK veröffentlichte Grundlagedokument zur Globalisierung (AGAPE),
- der Einsatz für die theologischen und die sozial-ethischen (sowie gendergerechten) Aspekte in den zünftigen Programmen des ÖRK,
- die Berichterstattung über die Aktivitäten der Mitgliedkirchen des SEK in der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt,
- das Einbringen der Anliegen der gemeinsamen Erklärung der evangelischen und katholischen Kirchen der Schweiz und Brasiliens «Ökumenische Erklärung zum Wasser als Menschenrecht und als öffentliches Gut»
- sowie schliesslich die gemeinsame Teilnahme mit Brot für alle (BFA) und der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC) an der Panelveranstaltung (Mutirão) über «korrupsionsfreie Kirchen» sein.

Die 9. Vollversammlung des ÖRK ist Fokusthema des SEK-Bulletins 1/2006. Diese Ausgabe wird sich den zahlreichen Aktivitäten der Schweizer Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Porto Alegre ausführlicher widmen.

Für ein gemeinsames evangelisches Zeugnis in Europa

Zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens lud die *Fédération protestante de France* im Oktober die Vertretungen mehrerer evangelischer Kirchen in Europa zu einem Kolloquium nach Paris ein. Der SEK war am Anlass durch seinen Präsidenten, Pfarrer Thomas Wipf, vertreten. Der Fokus des Kolloquiums richtete sich auf die Vertiefung der Beziehungen zu den verschiedenen evangelischen Kirchen Europas und die Notwendigkeit einer europaweit gelebten Solidarität. In einer Schlussklärung verpflichteten sich die Teilnehmenden der gegenseitigen Unabhängigkeit von Kirche und Poli-

itik und verwarften sich gegen einen Verweis der Kirchen in die Privatsphäre. Die Minderheitenposition, in der sich der Protestantismus häufig befinde, müsse im Dialog mit anderen Kirchen und Konfessionen als Vorteil betrachtet werden. SEK-Präsident Wipf betonte in seiner Grussbotschaft die Bedeutung einer starken Präsenz des Protestantismus auf europäischer Ebene und die Notwendigkeit, die evangelische Perspektive in den europäischen Integrationsprozess einzubringen.

ee

Wechsel bei der Armeseelsorge

Ende dieses Jahres tritt der langjährige Chef Personelles der Armee, Waldemar Eymann, in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger gewählt hat der Bundesrat Dominique Andrey. Dem Chef Personelles der Armee untersteht unter anderem der Fachbereich Armeseelsorge. Er ist deshalb ein wichtiger Ansprechpartner der Landeskirchen, die Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Theologinnen und Theologen für die seelsorgerliche Betreuung der Angehörigen der Armee zur Verfügung stellen. Auf Einladung des SEK trafen Ende Oktober Eymann und Andrey mit den Mitgliedern des Rates SEK zusammen.

Es war dem Rat SEK ein grosses Anliegen, dem abtretenden Chef Personelles für seine Unterstützung der Bedürfnisse der Kirchen im Bereich Armeseelsorge sowie für seine stete Bereitschaft zum Gespräch und seine Verlässlichkeit zu danken. Als neuer Dienstchef Armee für die Armeseelsorge wurden gewählt Pfarrer Lorenz Lattner, Gemeindepfarrer in Buus-Maisprach, und auf katholischer Seite Pfarrer Daniel Bachmann, Frauenfeld. Beide werden auf den 1.1.2007 ihr Amt antreten.

ee

Open Forum Davos 2006

zum Thema «Grenzen respektieren – überschreiten – verschieben»

Nach den grossen Erfolgen der letzten drei Jahre führen der SEK und das World Economic Forum (WEF) zum vierten Mal gemeinsam das Open Forum Davos (26. bis 29. Januar 2006) durch. Als Ko-Organisatoren werden zudem Brot für alle, das Schweizerische Rote Kreuz und Terre des hommes fungieren. Die kontrovers ausgerichteten Diskussionsveranstaltungen sind dem Leitthema gewidmet: Grenzen respektieren - überschreiten - verschieben.

Die Sommerabgeordnetenversammlung 2005 des SEK hatte in Einsiedeln die Tatsache begrüsst, dass mit dem Open Forum eine Plattform für die öffentliche Fortführung einer differenzierten Diskussion geschaffen worden sei, und stimmte einer weiteren Trägerschaft des Open Forum Davos eindeutig zu. Der SEK hat nun in Zusammenarbeit mit dem WEF ein Programm aufgestellt, das mit dem Thema «Grenzen respektieren – überschreiten – verschieben» die Globalisierungsdebatte im Open Forum Davos 2006 aufnehmen will. Zu den mit internationalen Fachleuten zusammengesetzten Diskussionspanels werden zahlreiche Persönlichkeiten erwartet.

Die Themen der einzelnen Veranstaltungen lauten:

- Arbeitsmigration: Grund zur Sorge?
- Vergrössert der globale Steuerwettbewerb die Armut?
- Menschen- und Kinderrechte: Freiwilligkeit statt Gesetz?
- Wasser: Eigentums- oder Menschenrecht?
- Sind Forscher die unbemerkten Grenzsteinversetzer?
- Platz da?! Frauen an die Spitze der Macht.
- Welche Zukunft hat Europa in der Welt?
- Grenzen respektieren, überschreiten, verschieben?

Der SEK verfolgt mit dem Open Forum Davos mehrere Ziele: Er will den kritischen Dialog fördern und die Schattenseiten der Globalisierung zur Sprache bringen und damit einen Beitrag leisten zur Bewusstseinsbildung für die Probleme unserer Zeit sowie zum Brückenschlag zwischen Zivilgesellschaft, WEF und Bevölkerung.

Die Veranstaltungen des Open Forum sind öffentlich und kostenlos. Sie finden statt in der Aula der Schweizerischen Alpinen Mittelschule, Guggerbachstrasse 72, Davos Platz. Diskussionsprachen sind Deutsch und Englisch mit jeweiliger Simultanübersetzung.

SW

Von gestern, für morgen –

ein Blick auf den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund



Unter dem Titel «Hier, pour demain – regard sur la Fédération des Églises protestantes de Suisse» zeichnet Paul Schneider die wichtigsten Ereignisse im Leben des 1920 gegründeten Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) nach. Der Autor bietet keine historische Abhandlung im strengen Sinn, bringt er doch seine persönliche Sicht ein – die Sicht eines seit Jahrzehnten in einer reformierten Kantonalkirche der

Schweiz und schliesslich im SEK selbst engagierten kirchlichen Laien.

«Ich brauchte vierzehn Jahre, bis ich den SEK wirklich kannte und realisierte, dass ungefähr alle fünf Jahre die vermeintlich bereits gelösten Probleme wieder aufs Tapet gebracht werden (die Abgeordnetenversammlung, das Parlament des SEK, erneuert sich relativ rasch). Fehlt es möglicherweise am kollektiven Gedächtnis? Hätte ich 1991 ein «Hier, pour demain» zur Hand gehabt, hätte ich das Werk eingehend konsultiert, bevor ich mich auf ein Engagement auf nationaler Ebene eingelassen hätte.»

Im Laufe seiner Untersuchung holte Paul Schneider bei über hundert Personen Informationen ein – alles ehemalige Akteurinnen und Akteure der Institution. Sein Werk widmet er all jenen, welche die Verantwortung für die Gemeinde ernst nehmen, welche nicht bloss konsumieren, sondern auch geben wollen: ihre Zeit, ihre Energie, ihr Wissen und Können im Dienste des Evangeliums Jesu Christi.

SW



Paul Schneider, 1934 geboren und inzwischen pensioniert, war Chirurg und Chefarzt am Spital in Sainte-Croix/VD. Er präsierte die Synode der Waadtländer Kantonalkirche und die Abgeordnetenversammlung des SEK. Von 2000 bis 2004 war er Mitglied des Rates SEK.

Presses du Belvédère, 480 S., CHF 58.–

Personelles



1



2



3

Wir heissen als Mitarbeitende in der Geschäftsstelle willkommen:

Christine Maurer (1)

Mitarbeiterin im Empfang

Annemarie Boussena-Spycher (2)

Sekretärin in der Abteilung Kirchenbeziehungen

Wir verabschieden uns von:

Corinne Lanz (3)

Sekretärin in der Abteilung Kirchenbeziehungen, die uns nach fast sechsjähriger Mitarbeit verlässt.

Ringen um interreligiöse Verständigung

Unter dem Titel «Israel – Land der Gegenwart, der Geschichte, der Verheissung für Juden, Christen und Muslime» führte die Evangelisch-Jüdische Gesprächskommission (EJGK) im September in Bern eine interne Tagung durch, um die Landfrage aus der jeweiligen Sicht der drei Religionen zu thematisieren. Dabei zeigte sich, wie schwierig eine Zusammenführung der religiösen und somit auch emotionalen Ebene mit der politischen ist.

Cornelia Schnabel

Wird der religiöse Aspekt der Landfrage, der ohnehin in alle politischen Diskussionen hineinspielt, bewusst im interreligiösen Dialog behandelt, könnte das die politische Ebene etwas entschärfen. Es sei die Aufgabe der Religionen, so Rabbiner Marc Guedj (Genf), zu ermöglichen, dass sich mörderische «monolithische Identität», die sich einzig über Religionszugehörigkeit bzw. einzig über Nationalität definiert, ihrer Komplexität bewusst werde und sich gegenüber ändern öffnen könne, statt das Fremde als «unrein» zu bekämpfen. Guedj wagte sich ferner an die Frage, worin die Heiligkeit des Heiligen Landes bestehe und wie sich die profanen Kategorien «Macht» und «Besitz» ihr gegenüber verhielten.

Roland Deines (Tübingen) wies darauf hin, dass es in der christlichen Theologie keine einheitliche Perspektive zur Bedeutung des Landes Israel gebe. Exemplarisch führte er den Ansatz des Dispensationalismus aus, der innerhalb des Christentums exegetisch und dogmatisch an Bedeutung gewinnt (Heilszeitentheologie: Bibelauslegung, die die Heilsgeschichte in verschiedene Zeitalter aufteilt). Viel des christlichen Einsatzes für Israel, geleistet von verschiedenen Bewegungen, ist darauf zurückzuführen. So begründeter Philo-Judaismus sei allerdings in Gefahr, in Anti-Judaismus umzuschlagen, wenn sich Israel nicht erwartungsgemäss verhalte. Eine Möglichkeit, friedensfördernde Brücken

zu bauen, sieht Deines in der Beziehung zwischen palästinensischen Christen und Judenchristen.

Islamwissenschaftler Urs Gösken (Zürich) erläuterte, wie aufgrund der geschichtlichen Verschiebung des Verständnisses von Dar ul-Islam (Gebiet unter islamischer Herrschaft) aus islamischer Sicht ein Zusammenleben auch in nicht islamischen Ländern möglich sei, sofern Gerechtigkeit hergestellt werde.

Nachdem der Politologe Michael Chiller (Basel) bisherige Stationen des Friedensprozesses aufgezeigt hatte, wurde schliesslich in einem Podiumsgespräch einmal mehr sichtbar, wie schwierig es ist, die religiöse und somit auch emotionale Ebene mit der politischen zusammen zu führen. Ein weiteres Fazit der Tagung: Jede interreligiöse Verständigung ist darauf angewiesen, dass innerhalb der jeweiligen Religionen das Gespräch zwischen extremeren und liberaleren Gruppen gepflegt wird, so dass jene Kräfte verstanden und zurück gebunden werden können, die einen respektvollen Umgang verhindern.

Europa eine Seele geben

Vom 4. bis 8. Oktober 2005 hat der Rat SEK eine Studienreise nach Strassburg und Brüssel unternommen. Der Rat SEK will sein bisheriges Europa-Engagement verstärken und zu diesem Zweck die Einrichtung einer ständigen Vertretung bei den ökumenischen europäischen Institutionen prüfen.

Nicolas Mori

«Unglaublich, wie viel an Begegnungen in so kurzer Zeit möglich ist», waren sich die Teilnehmenden auf der Rückreise einig. In der Tat absolvierte die Delegation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) in Strassburg und Brüssel ein dichtes Programm mit zahlreichen Gesprächen, die nachhaltige Eindrücke hinterliessen und viele Anstösse für die Weiterarbeit geben.

Kirchen müssen sich selber aktiv bemühen

Die Delegation startete ihre Gesprächstour in Strassburg, wo sie zunächst eher gemischte Erfahrungen machte. Das dortige Büro der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) bzw. deren Kommission *Kirche und Gesellschaft* ist mit nur einer Stelle besetzt und kann deshalb gegenüber dem Europarat nur eine sehr beschränkte Wirkung entfalten. Dies zeigte sich etwa beim Zusammentreffen mit dreien der Schweizer Parlamentarier beim Europarat, Andreas Gross, Rosmarie Zapfl und Walter Schmied. Exakt am Tag des Besuchs vertrat CVP-Nationalrätin Zapfl ein von ihr verfasstes Papier «Frauen und Religion» vor dem Europarat. Dieses wurde jedoch dem KEK-Vertreter erst kurzfristig bekannt; ausserdem war die KEK für Frau Zapfl kein Begriff. Dabei hatte sie bei der Vorbereitung der Vorlage mit verschiedenen Religionsvertreterinnen und -vertretern Gespräche geführt. Hier zeigte sich ein erstes Mal – wie später auch in Brüssel –, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften selbst bei sie betreffenden Fragen nicht automatisch einbezogen werden, sondern sich selber aktiv um Mitsprache bemühen müssen. Dies ist umso bemerkenswerter, als Rosmarie Zapfl beim ansonsten sehr erfreulichen Treffen feststellte: «Es ist unglaublich, was alles mit Religion zu tun hat.»

Gerichtshof für Menschenrechte überlastet

Der Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – beim Schweizer Richter Luzius Caflisch und bei Menschenrechtskommissar Alvaro Gil-Robles – war ebenfalls sehr beeindruckend und informativ. Die bis heute andauernde Bedeutung des Gerichtshofes für Menschen-

rechte liegt darin, dass er die einzige übergreifende europäische Institution ist, deren Entscheide verbindlich sind. Die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehaltenen Rechte sind für alle europäischen Bürger einklagbar und tragen deshalb wesentlich zur Rechtssicherheit auf dem Kontinent bei.

Gleichzeitig stimmte das Gespräch mit Richter Caflisch teilweise auch nachdenklich. Zurzeit sind beim Gerichtshof gegen 80 000 Fälle hängig, was «Wartezeiten» von bis zu fünf Jahren zur Folge hat. Dafür haben Entscheide des Gerichtshofes nicht selten auch Gesetzesänderungen in den betreffenden Ländern zur Folge und damit eine präventive Wirkung über den monierten Einzelfall hinaus. Gil-Robles lobte die Menschenrechtssituation in der Schweiz, wusste aber über unser Land auch Kritisches zu berichten, vor allem bezüglich Verfahrensfragen im Asylbereich. Zum Abschluss gab er der SEK-Delegation in einem eindrucksvollen Plädoyer mit auf den Weg, Sorge zu unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Werten in der Schweiz zu tragen.

Bescheidene kirchliche Interessenvertretung

In Brüssel standen sodann Besuche bei verschiedenen Vertretern der Europäischen Union (EU) auf dem Programm, insbesondere bei solchen, die für die Bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz zuständig sind, für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder für die Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ein Empfang beim Schweizer EU-Botschafter Bernhard Marfurt ergänzte diese Gespräche.

Die SEK-Delegation hatte ihre Basis beim Brüsseler Büro der KEK-Kommission *Kirche und Gesellschaft*, deren Räumlichkeiten ideal neben zentralen EU-Gebäuden liegen. Hier traf die Delegation auch mit Vertreterinnen und Vertretern weiterer kirchlicher Organisationen zusammen, darunter Eurodiaconia, Aprovev (Vereinigung der Hilfswerke) und mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME). Die KEK verfügt in Brüssel über ein kompetentes Team, das von verschiedenen Subkommissionen unterstützt wird. Es weiss sich zielorientiert

und mit viel Sachverstand in die Arbeitsprozesse der EU einzubringen. Im Vergleich zu anderen Interessenvertretern und in Anbetracht des gigantischen EU-Apparates ist die Dotierung mit nur wenigen hauptamtlichen Personen dennoch bescheiden.

Kirchen haben gefragte Kompetenzen

Im Europarat in Strassburg und bei den Institutionen der EU in Brüssel werden viele Themen verhandelt und Beschlüsse gefasst, die von grosser gesellschaftlicher Bedeutung und Tragweite sind – auch für die Schweiz – beispielsweise im Bereich Bioethik. Für die Kirchen ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse wichtig, ihre Sichtweise bei solchen Fragen in die Entscheidungsprozesse einbringen zu können. Sie verfügen aufgrund ihrer theologischen und ethischen Kompetenzen über Beurteilungsmassstäbe, die für die jeweils für ein Themengebiet zuständigen EU-Stellen hilfreich und oftmals auch erwünscht sind. Beim Thema Türkei beispielsweise hat ein EU-Vertreter starkes Interesse an Beiträgen seitens der Kirchen signalisiert, weil der Faktor

Islam bei den Beitrittsverhandlungen eine wichtige Fragestellung darstellt.

Die Gespräche des Rates SEK in Strassburg und Brüssel haben aber auch aufgezeigt, dass es nicht einfach ist, die evangelische Perspektive auf europäischer Ebene einzubringen. Das Lobbying hat sich in den vergangenen Jahren generell stark professionalisiert. Heute ist jede erdenkliche Branche oder sind beispielsweise auch die europäischen Regionen mit ganzen Mannschaften vertreten. Nur mit hoher Qualität der Beiträge, ausgebauten Netzwerken zur Beschaffung von Informationen und im Verbund mit anderen ist es möglich, sich in kontinuierlicher Aufbauarbeit als verlässlicher Partner zu etablieren und so wirksam Einfluss auszuüben.

Der 11. September als Hypothek

Für die Kirchen kommt erschwerend hinzu, dass nicht zuletzt seit dem 11. September 2001 Religion nicht selten eher als Teil des Problems, denn als Mittel zur Lösung betrachtet wird. Dadurch ist von Seiten der EU-Stellen eine

Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft.





Foto: Nicolas Mori

Die SEK-Delegation im Sitzungszimmer der EU-Kommission in Brüssel

gewisse Zurückhaltung festzustellen. Zudem wird befürchtet, aufgrund der Berücksichtigung der einen Kirche stehe dann gleich die nächste vor der Tür. Dass die Kirchen tatsächlich oft unterschiedliche Meinungen vertreten, macht die Sache nicht einfacher. Für die protestantischen Kirchen kommt hinzu, dass die katholische Kirche via Vatikan über einen offiziellen Status verfügt, was ihr einen eminenten Vorteil verschafft.

Der Kirchenbund will sich stärker einbringen

Was bedeutet das für den SEK? Neben der Klärung, was der Kirchenbund und seine Mitgliedkirchen zur Europa-Debatte in der Schweiz beitragen können, war eines der Ziele der Studienreise die Frage, wie das Engagement auf europäischer Ebene künftig verstärkt werden könnte. Der Kirchenbund setzt sich seit vielen Jahren für den europäischen Aufbauprozess ein. Die Gespräche in Strassburg und Brüssel, die noch vertieft auszuwerten sind, bestärken ihn darin, dieses Engagement auszuweiten und dafür Mittel und Wege zu suchen. Geprüft werden soll insbesondere die

Einrichtung einer ständigen Vertretung bei den ökumenischen europäischen Institutionen.

Die substanziellen Gespräche und vielfältigen Hintergrundinformationen der Studienreise bieten dazu eine gute Basis. Noch sind aber weitere Klärungen nötig. Neben den finanziellen Aspekten ist insbesondere zu evaluieren, wo und über welche bestehenden kirchlichen Strukturen eine Vertretung am zweckmässigsten ist. Dass ein Alleingang nicht in Frage kommt, steht jedenfalls fest. Nach der 2004 erfolgten Osterweiterung der EU stellen die Protestanten im religiösen Europa noch 13 Prozent. Für sie ist es deshalb besonders wichtig, gemeinsam aufzutreten. Die Erfahrung zeigt, dass eine Organisation in Brüssel oder auch beim Europarat in Strassburg umso eher gehört wird, je mehr Stimmen sie vereint.

Europarat hat ein «protestantisches Programm»

Bei den weiteren Überlegungen werden insbesondere zwei Kriterien zu berücksichtigen sein. Einerseits stellt sich die Frage, ob das Augenmerk eher auf den Europarat in Strass-

burg oder eher auf die EU in Brüssel gerichtet werden soll. Es geht dabei nicht um ein grundsätzliches Entweder-Oder – es ist auch eine Kombination möglich. Das Setzen eines Schwerpunkts drängt sich aus Ressourcengründen jedoch auf. Für Strassburg spricht, dass das Programm des Euro-Parates in Bereichen wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Zusammenhalt oder interkul-

Ohne ihren Einfluss zu überschätzen, könnten die evangelischen Kirchen der Schweiz für die Integration der neuen EU-Länder einen wichtigen Beitrag leisten. In ihrer Theologie spiegelt sich die lange Erfahrung mit Pluralismus, Mehrsprachigkeit, Multikulturalität, Subsidiarität und demokratischer Legitimation.

tureller Dialog gut zu einem protestantischen Profil passt. Für Brüssel spricht, dass hier jede Beratung am Schluss in einen Gesetzestext mündet, was der «heimlichen Hauptstadt Europas» letztlich eine grössere Relevanz zuweist als Strassburg.

Andererseits gilt es, die Wahl des Partners sorgfältig zu treffen. In Frage kommen in erster Linie die KEK bzw. deren Kommission *Kirche und Gesellschaft* sowie die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). Letztere hat ihren Sitz zur Zeit zwar in Berlin, sie ist jedoch mit einem Mitarbeiter, der bei der KEK-Kommission «untergebracht» ist, ebenfalls in Brüssel vertreten. Ausserdem gibt es in der GEKE Pläne, nach 2006 das Sekretariat nach Wien zu verlegen – tiefer in das Herz Europas.

An der europäischen Wertegemeinschaft mitbauen

Was würde eine ständige Vertretung in Strassburg oder Brüssel den Schweizer Kirchen bringen? Allgemein würde eine stärkere Präsenz die Möglichkeit bieten, der Stimme des (Schweizer) Protestantismus mehr Gewicht zu verleihen. Konkret könnten die Arbeit des Kirchenbundes und die Anliegen seiner Mitgliedkirchen direkter eingebracht werden. Umgekehrt könnten wichtige Vorgänge und Informationen, die religiöse oder kirchliche Fragen betreffen, direkter aus Brüssel oder Strassburg in die Mitgliedkirchen zurückfliessen. Dadurch könnten die Mitglieder der Kirchen stärker für Europa-Fragen sensibilisiert werden.

Eine Vertretung hätte nicht einfach die Aufgabe, ein kirchliches Lobbying aufzubauen. Dem Kirchenbund und seinen Mitgliedkirchen muss es vielmehr darum gehen, aktiv am europäischen Integrationsprozess und am Aufbau einer europäischen Wertegemeinschaft mitzuwirken. Aufgrund ihrer bereits erwähnten Kompetenzen sind sie für eine solche Aufgabe nicht nur gut gerüstet, sondern auch dazu verpflichtet. Aufgabe der Kirche ist es, beständig daran zu erinnern und auch darauf hinzuarbeiten, dass Europa mehr

ist als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sowohl der Euro-Parat als auch die EU wurden ursprünglich als Friedensprojekte gegründet, um in Europa Sicherheit, Stabilität, Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Europa muss eine Seele haben, sagte der frühere Kommissionspräsident der EU, Jacques Delors.

Europa braucht die Kirchen

Die Zeit dafür ist nicht nur günstig, es ist sogar eine dringende Aufgabe. Nach dem Schweizer Ja zu Schengen/Dublin und zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens ist die Europa-Diskussion nicht nur hierzulande wieder aufgeflammt. Nach der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und Holland ist die Europäische Union in einer heiklen Phase. Von einem tiefen Graben zwischen Brüssel und den EU-Bürgerinnen und Bürgern ist die Rede, von neuen Nationalismen und von Demokratiedefizit. Zudem ist die EU noch weit davon entfernt, die Integration der 2004 neu aufgenommenen zehn Länder Osteuropas bewältigt zu haben. Und vor der Türe stehen schon Rumänien und Bulgarien bereit.

Ohne ihren Einfluss zu überschätzen, könnten die evangelischen Kirchen der Schweiz in dieser Situation einen wichtigen Beitrag leisten. In ihrer Theologie spiegelt sich die lange Erfahrung mit Pluralismus, Mehrsprachigkeit, Multikulturalität, Subsidiarität und demokratischer Legitimation. In einer Zeit, in der Probleme nicht mehr Halt machen vor Staatsgrenzen und das Gemeinwohl eine universelle Aufgabe darstellt, sind die Schweizer Kirchen verpflichtet, diese Erfahrungen in die europäische «Schicksalsgemeinschaft» einzubringen – in aller Bescheidenheit, aber doch überzeugt. Es ist eine ihrer vornehmsten Aufgaben, am Bewusstseinswandel für ein globaleres Denken mitzuwirken.

Nicolas Mori ist Leiter Kommunikation der Zürcher Landeskirche

Die SEK-Delegation

Mitglieder des Rates SEK: Präsident Thomas Wipf, Helen Gucker-Vontobel, Karl Kohli, Irène Reday, Kristin Rossier Buri, Peter Schmid
Vertretungen von Mitgliedkirchen: Raymond Bassin (Bern-Jura-Solothurn), Anne-Catherine Miéville (Waadt), Irene Gysel-Nef (Zürich)
Mitarbeitende: Serge Fornerod, Markus Sahli, Christoph Stückelberger, Annemarie Bieri, Nicolas Mori (Zürcher Landeskirche).

Ordination – weiter

In der Ordination spiegeln sich das Amts- und Selbstverständnis der Kirchen wieder. Der SEK widmete sich dem Thema in den vergangenen Jahren intensiv. In diesen Tagen konnten zwei Ergebnisse aus dieser Arbeit vorgelegt werden. Der Rat SEK beantwortete an der vergangenen Abgeordnetenversammlung das Postulat der Zürcher Landeskirche betreffend Ordination. Zugleich stellte er den Mitgliedkirchen die Auswertung der Vernehmlassung zum Entwurf einer gemeinsamen Ordinationsliturgie zu.

Martin Sallmann

Für evangelische Kirchen ist die Verkündigung des Evangeliums die Mitte des kirchlichen Lebens. Nicht allein der Gottesdienst, sondern auch das Wirken in Diakonie und Unterricht ist von dieser Botschaft der Zuwendung Gottes zum Menschen getragen. Durch die Ordination werden Männer und Frauen mit dem öffentlichen Dienst an der Verkündigung des Evangeliums beauftragt. Für die Mitgliedkirchen des SEK sind daher die theologische Konzeption und die kirchliche Praxis der Ordination wichtig, wie auch die Diskussion in der Abgeordnetenversammlung (AV) gezeigt hat.

Ordination und Leuenberger Konkordie

An der Herbstversammlung vom 7. und 8. November in Bern unterbreitete der Rat SEK den Abgeordneten seine Antwort auf das Postulat der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. Das Postulat hatte den Rat beauftragt, «die Frage des ordinierten Amtes auf dem Hintergrund der mit der Unterzeichnung der Leuenberger Konkordie eingegangenen Verpflichtungen zu klären ...». Wie aus seiner Begründung deutlich wird, zielte das Postulat damit auch auf die Frage, ob die Ordination über den Kreis der Pfarrerinnen ausgeweitet oder andere kirchliche Dienste wie Diakone und Katechetinnen durch andere kirchliche Formen beauftragt und in Verantwortung genommen werden sollen.

Die Antwort hält fest, dass die Mitgliedkirchen an die Leuenberger Konkordie durch ihre Unterzeichnung gebunden sind und die Lehrgespräche zu Amt und Ordination berücksichtigen müssen. Mit der Gewährung der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft anerkennen die Mitgliedkirchen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa – Leuenberger Kirchengemeinschaft (GEKE) gegenseitig auch

die Ordination. Die Konkordie stellt in der Auffassung von Amt und Ordination zwar Lehrunterschiede fest, beurteilt sie aber nicht als kirchentrennend. Die Lehrgespräche halten überdies ausdrücklich fest, dass in reformierter Tradition nicht allein Pfarrer und Pfarrerin, sondern auch andere Dienste der Kirchenleitung ordiniert werden. Weder die Leuenberger Konkordie noch die Lehrgespräche zu Amt und Ordination widersprechen also einer Ordination verschiedener kirchlicher Dienste.

Mit dieser formalen Antwort ist allerdings inhaltlich noch nichts darüber gesagt, ob die Ausweitung der Ordination auf verschiedene kirchliche Dienste sinnvoll ist. Die biblische Überlieferung sieht keine feste Ordnung vor. Das Neue Testament kennt die Bezeichnung «Amt» nicht, sondern spricht von einer Vielfalt von Diensten. In der Alten Kirche entwickelte sich eine dreigliedrige Struktur aus Bischof, Presbyter und Diakon. Die Reformatoren gingen unterschiedliche Wege. Während Luther und Zwingli lediglich den Dienst der Verkündigung vorsahen und die Funktionen der Leitung und der Diakonie der weltlichen Obrigkeit übertrugen, unterschied Calvin vier Dienste (Pastor, Lehrer, Ältester, Diakon). Die Leuenberger Lehrgespräche halten daher fest, dass es menschlicher Verantwortung anvertraut sei, in welcher Weise die Kirchen die mit dem Auftrag der Verkündigung des Evangeliums verbundenen Dienste ordnet. Theologisch und historisch kann die Ordination sowohl eines Dienstes als auch mehrerer Dienste am Evangelium begründet werden. Die Frage ist, welche Form die heutige gesellschaftliche, kirchliche und ökumenische Lage erfordert.

Der Rat SEK ist sich der komplexen Situation bewusst und verweist in seiner Antwort mit einigen offenen Fragen auf diesen Umstand, ohne eine Lösung anbieten zu können. Vielmehr bittet er die Mitgliedkirchen um Zurückhaltung in der Ausweitung der Ordination über die bestehende Praxis

auf dem Weg

Soll die Ordination über den Kreis der Pfarrerinnen und Pfarrer ausgeweitet werden?



hinaus, solange die grundlegenden Fragen zur Ordination nicht geklärt sind. Auch die Diskussion der AV hat gezeigt, dass diese Fragen dringend einer weiteren Klärung zugeführt werden sollten. Zugleich haben die Abgeordneten deutlich den Wunsch geäußert, dass die Mitgliedkirchen bei dieser Klärung einbezogen bleiben.

Vernehmlassung zur Ordinationsliturgie

Grundlegende Fragen werfen auch die Vernehmlassungsantworten zur Ordinationsliturgie auf. Der Rat hatte im Verlaufe des Jahres 2004 einen Entwurf für eine gemeinsame Ordinationsliturgie in die Vernehmlassung geschickt (siehe Bulletin sek-feps 2/2004). Der Entwurf war von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Pfr. Daniel de Roche ausgearbeitet worden. Auf die Vernehmlassung gingen 35 Antworten ein von Mitgliedkirchen, Pfarrkapiteln, Diakoniekonventen, Interessenverbänden und Persönlichkeiten. Die Auswertung zeigt, dass eine deutliche Mehrheit eine gemeinsame Ordinationsliturgie und ein gemeinsames Ordinationsgelübde für wünschenswert hält und die grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme von Liturgie und Gelübde signalisiert. Allerdings ist die vorgelegte Form der Ordinationsliturgie nicht konsensfähig. Die sprachliche Ausgestaltung löste überwiegend Bedenken oder gar Ablehnung aus. Der Aufbau und die einzelnen Elemente der Ordinationsliturgie wurden positiver gewürdigt. Umstritten ist der Vorschlag, neben Pfarrern und Diakoninnen auch Katecheten zu ordinieren. Zwar begrüßten einige die Vorlage, andere wollten die Ordination dem Pfarramt vorbehalten. Manche der Mitgliedkirchen sehen die Ordination für Pfarrerinnen und Diakone bereits vor, praktizieren diese Form und wollen keine weiteren Dienste einbeziehen. Neben der umstrittenen Ausweitung der Ordination auf mehrere Dienste wurde auf weitere offene Fragen hingewiesen: Wel-

ches Verhältnis besteht zwischen Ordination und Installation? Wer ist für die Ordination zuständig? Wer verpflichtet sich gegenüber den Ordinanden? Worauf verpflichten sich die Ordinandinnen? Kann die Ordination beim Austritt aus dem Dienst der Kirchen sistiert oder entzogen werden? Insgesamt zeichnet sich eine doppelte Tendenz der Vernehmlassung ab: Der vorgelegte Entwurf einer Ordinationsliturgie ist zwar für viele aus unterschiedlichen Gründen nicht akzeptabel, doch wird ein vorgegebener Rahmen mit entsprechenden Elementen gewünscht. Ein solcher Rahmen würde die angemessene Berücksichtigung der unterschiedlichen kirchlichen Verhältnisse ermöglichen.

Wie geht es weiter? Sowohl aus der Diskussion der Abgeordnetenversammlung zur Postulatsantwort als auch aus der Auswertung der Vernehmlassung zur Ordinationsliturgie geht deutlich der Bedarf hervor, die grundlegenden Fragen zum Verständnis der Ordination weiter zu klären. Hier wird der Rat SEK entscheiden müssen, in welcher Form und mit welcher Priorität er das Geschäft weiterverfolgen will. Die Auswertung der Vernehmlassung zeigt ausserdem, dass ein gemeinsamer Rahmen für eine Ordinationsliturgie von den Mitgliedkirchen erwünscht ist. Der Rat SEK hat daher die Geschäftsstelle beauftragt, unter Einbezug der Liturgiekommission SEK an Elementen einer gemeinsamen Ordinationsliturgie weiterzuarbeiten.

Martin Sallmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ITE

Die Antwort auf das Postulat kann eingesehen werden unter http://www.sek-feps.ch/media/pdf/av/hav_05/06_ordination_de.pdf ; Die Auswertung der Vernehmlassung findet sich unter <http://www.sek-feps.ch/index2.php?idcatside=155>

Ein einheitlicher Rahmen für die Ordinationsliturgie ist erwünscht – umstritten bleibt dessen inhaltliche Ausgestaltung.



Frauenkonferenz

Am 14. November tagte die Frauenkonferenz in Bern zum Thema Grundwerte und beteiligte sich damit an einem Prozess, der mit dem Projekt «Grundwerte» des Instituts für Theologie und Ethik (ITE) ins Leben gerufen worden ist. Frank Mathwig, wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des ITE, präsentierte in seinem Referat eine Auswahl von zehn Grundwerten (Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Partizipation, Empowerment, Frieden, Versöhnung, Verantwortung, Solidarität, Gemeinschaft). Der Präsentation folgte eine spannende Debatte. Aus Sicht der Frauenkonferenz müsste die Auswahl noch mit wichtigen Werten wie Gleichstellung, Demokratie und Sicherheit ergänzt werden. Mit ihrem frauen- und kontextbezogenen Ansatz

gab Claudia Bandixen, Präsidentin der Reformierten Landeskirche Aargau, Impulse für eine Verankerung der Wertethematik im konkreten Alltag. Die Frauenkonferenz beschloss, am Thema Grundwerte an der Frühjahrskonferenz weiterzuarbeiten. Im anschliessenden geschäftlichen Teil wurde das Leitbild der Frauenkonferenz verabschiedet und Abschied genommen von Valérie Schwarz, welche im Sekretariat drei Jahre für die Frauenkonferenz gearbeitet hat und den SEK auf Ende Januar verlässt.

Sabine Scheuter, Co-Präsidentin der Frauenkonferenz

Diakoniekonferenz

«Partizipation als Ansatz der Diakonie» – so lautete das Jahresthema 2005 der Diakoniekonferenz des SEK. An der Mai-konferenz hatte François Dubois, Direktor des Centre Social Protestant (CSP) Neuenburg und Mitglied des Ausschusses der Diakoniekonferenz des SEK, in einem vielbeachteten Referat die Grundlage zur Bearbeitung des Themas gelegt (vgl. SEK-Bulletin 3/2005). An der Herbsttagung der Diakoniekonferenz arbeiteten nun die Delegierten aus den Mitgliedkirchen sowie aus den diakonischen Werken und Organisationen zur Vertiefung des Themas an entsprechenden Thesen (download unter www.sek-feps.ch). Die grundsätzlichen Fragen zur Partizipation als Ansatz

der Diakonie wurden zudem mit der Praxis verknüpft. In Workshops brachten Verantwortliche verschiedener Projekte ihre konkreten Fragen ein; gemeinsam wurde nach Antworten und Lösungsansätzen gesucht. Dabei zeigte die Tagung auf, dass Partizipation nebst Chancen zwar auch Risiken birgt, grundsätzlich aber ein Wesenszug der diakonischen Arbeit sein muss, wenn diese dem Anspruch genügen soll, Menschen in Not stark zu machen und ihnen zu möglichst viel Selbstbestimmung zu verhelfen.

Christoph Härter, Co-Geschäftsführer Diakonieverband Schweiz, Mitglied Ausschuss Diakoniekonferenz SEK



Ökonomisierung quo vadis?

In Meyers Lexikon von 2003 finde ich den Begriff nicht; die Suchmaschine Google hingegen liefert auf das Stichwort «Ökonomisierung» innerhalb von 0,37 Sekunden 273'000 Ergebnisse. Der St. Galler Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann schreibt: «Eines der deutlichsten Zeichen des Ökonomisierungsbestrebens ist die Transformation nahezu aller Formen sozialer Interaktion in Kunden-Anbieter-Beziehungen. Bürger, Schüler und Studenten, Gemeindemitglieder, Patienten (...) werden zunehmend zu Kunden». Kunden wollen gepflegt sein; sie müssen zahlen; tun sie das nicht, sind sie bald keine Kunden mehr.

Institutionen unter dem Gesichtspunkt der Effizienz zu durchleuchten, ist wichtig. Problematisch wird die Sache dann, wenn der ökonomische Nutzen zum alles entscheidenden Kriterium wird, wenn sich der sozial denkende Unternehmer rechtfertigen muss, während sich der Manager bzw. sein Berater für das rücksichtslose Wegrationalisieren auf die Schultern klopfen darf.

Solche Ökonomisierung mag für die einzelne Unternehmung profitabel sein; als Gesellschaft, Staat und Völkergemeinschaft aber begeben wir uns damit – zu Ende gedacht – auf die schiefe Bahn. Wir verlieren unsere Handlungs- und Gestaltungsfreiheit, als Einzelne wie auch als staatliche Gemeinschaft. Die Sprache verrät es: nicht «wir wollen» dies und das, sondern «wir müssen, sonst... ». Dennoch fliesst weiterhin viel Geld in Institute, welche – statt nach einem Ausweg zu suchen – die Fahrt auf der schiefen Bahn im Namen eines verabsolutierten Wertes beschleunigen.

Jesus lehrt uns andere Werte – Liebe, Rücksichtnahme. «Alles, was ihr also von andern erwartet, das tut auch ihnen». Aber taugt die Bergpredigt für die Politik? Der ehemalige deutsche Bundesminister und Generalsekretär der CDU, Heiner Geissler, meint ja; Christinnen und Christen müssten die treibende Kraft für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung sein.

Der Staat schafft für sein Territorium gute Grundlagen für ökonomisches Handeln; zugleich setzt er

dem menschlichen Egoismus Grenzen – etwa mit dem Arbeitsgesetz – und schützt damit die Schwachen. Auch für globales Handeln werden in verschiedensten Abkommen gute Grundlagen geschaffen, doch mit der verbindlichen menschen- und umweltfreundlichen Umsetzung der Regeln hapert es.

Ich träume davon, dass sich der Lebens- und Gestaltungsraum wieder weitet – für uns und für die Menschen der ganzen Welt.

Karl Kohli, Mitglied des Rates SEK

Aus dem Rat

Sitzungen September bis November 2005

Der Rat

- ▶ verabschiedet die Vorlagen an die Abgeordnetenversammlung, die am 7. und 8. November 2005 in Bern tagt.
- ▶ stimmt dem Projekt «Vorbereitung der 6. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) 2006», die in Budapest tagen wird, zu. Er genehmigt einen zusätzlichen Beitrag von CHF 15 000.– an die GEKE zur Finanzierung der Versammlungskosten. Er wählt Thomas Wipf, Kristin Rossier Buri, Serge Fornerod und Martin Hirzel als Mitglieder der SEK-Delegation. Diese soll mit weiteren Personen ergänzt werden.
- ▶ genehmigt das Projekt «Islam-Arbeit» des Instituts für Theologie und Ethik (ITE). Dabei geht es unter anderem um die Klärung des Wahrheitsanspruchs des Christentums im Verhältnis zum Wahrheitsanspruch des Islam, die Unterstützung der Mitgliedkirchen im respektvollen Zusammenleben mit Muslimen und einen Beitrag zum Schutz der Minderheiten von Christen in islamischen Ländern und Muslimen in der Schweiz.
- ▶ reagiert auf den Beschluss des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), zusammen mit anderen Organisationen das Referendum zur Asylgesetzrevision zu ergreifen. Er respektiert den Beschluss des Stiftungsrates HEKS, wird aber selber dem Referendumskomitee nicht beitreten.
- ▶ nimmt den Bericht der Besuchsreise des SEK bei den chinesischen protestantischen Kirchen zur Kenntnis und erteilt der Delegation Décharge aus ihrem Mandat. Er stimmt dem Projekt «Umsetzung des Memorandums of Understanding» zu.
- ▶ verabschiedet die Verlautbarung der drei Landeskirchen zum Menschenrechtstag 2005. Sie wird den Mitgliedkirchen zuhänden ihrer Gemeinden zugestellt.
- ▶ verabschiedet das neue Lohnsystem und setzt es auf den 1. Januar 2006 in Kraft. Es wird der neuen Personalordnung beigelegt. Er setzt die «Besoldungsordnung für die Mitarbeiter des SEK» per 31. Dezember 2005 ausser Kraft.
- ▶ genehmigt das Projekt «Umsetzung der neuen Aufbauorganisation». Die Umsetzung wird durch einen externen Fachmann begleitet werden.

Theo Schaad, Geschäftsleiter

Beschlüsse der Herbst- Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung

- ▶ wählt als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2003 bis 2006 Frau Dr. Margrit Schneider-Schardt, Basel-Stadt.
- ▶ nimmt die Antwort des Rates auf das Postulat der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich betreffend Ordination zur Kenntnis. Die Antwort stellt fest, dass zwar in der Ordinationspraxis der Mitgliedkirchen Unterschiede festzustellen sind, diese aber durch die Aussagen der «Leuenberger Konkordie» nicht in Frage gestellt werden.
- ▶ nimmt die SEK-Position «Globalance. Christliche Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung» sowohl in der Form des Basisdokuments wie auch des Kurzberichtes zustimmend zur Kenntnis. Diese postuliert eine Wertebalance von Freiheit und Gerechtigkeit, Veränderung und Bewahrung der Schöpfung, Macht/Empowerment und Verantwortung, Partizipation und Solidarität, Einheit und Vielfalt. Die Abgeordnetenversammlung bittet die Mitgliedkirchen und ihre Kirchgemeinden sowie die Werke und Missionsorganisationen, sich mit den im Positionspapier enthaltenen Empfehlungen auseinander zu setzen. Den Rat beauftragt sie, die Anliegen und Empfehlungen gegenüber Parlament und Regierung, im Reformierten Weltbund (RWB), in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und an der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) einzubringen. Nach der Vollversammlung 2006 des ÖRK in Porto Alegre soll der Rat SEK zu einem Hearing einladen, das den Mitgliedkirchen die Möglichkeit gibt, die Teilnehmenden zu treffen und die Erfahrungsberichte zu hören.
- ▶ beschliesst die Reduktion der Zahl der Mitglieder des Rates SEK von neun auf sieben. Dieses Ziel soll Ende der Amtsdauer 2007 bis 2010 erreicht sein.
- ▶ genehmigt den Voranschlag 2006, der mit Mitgliederbeiträgen von CHF 5 830 313.– rechnet und einen Aufwandüberschuss von CHF 24 583.– ausweist.
- ▶ beschliesst, die Seelsorge für Asylsuchende in den Empfangsstellen des Bundes und den Transitzonen der Flughäfen Zürich-Kloten und Genève-Cointrin auch 2006 mit CHF 220 000.– zu finanzieren. Das Projekt soll im Laufe des Jahres 2006 evaluiert und sodann der Betrag neu festgesetzt werden.

ammlung

7. und 8. November 2005 in Bern

- ▶ nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2007 bis 2010. Dieser rechnet mit teuerungsbereinigt gleich bleibenden Mitgliederbeiträgen für die nächsten Jahre.
- ▶ genehmigt die Nachführung der Verfassung des SEK in 1. Lesung. Die Nachführung beruht auf veränderten Gegebenheiten, die durch die Reorganisationen der letzten Jahre entstanden sind. Einen Einfluss hatte auch die Neufassung des Reglements der Abgeordnetenversammlung.
- ▶ verabschiedet das Reglement der Abgeordnetenversammlung. Sofern die 2. Lesung der Nachführung der Verfassung im Sommer 2006 keine veränderten Voraussetzungen schafft, tritt es gleichzeitig mit derselben in Kraft.
- ▶ wählt als Mitglieder des Stiftungsrates Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) für die Amtsdauer 2006 bis 2009 Heinrich Müller, Basel, Nationalrat Dr. Claude Ruey, Lausanne, und Dr. Walter Schmid, Luzern.
- ▶ wählt als Präsident des Stiftungsrates Brot für alle (BFA) für den Rest der Amtsdauer 2004 bis 2007 Nationalrat Dr. Ulrich Siegrist, Lenzburg.
- ▶ wählt als Mitglieder des Stiftungsrates BFA für die Amtsdauer 2006 bis 2009 Renato Giacometti, Signau, Michel Moser, Le Mont, und Pfarrerin Ursula Walti Debrunner, Aarau.
- ▶ wählt als Präsidentin des Stiftungsrates fondia – Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im SEK für den Rest der Amtsdauer 2003 bis 2006 die Juristin Nicolasina ten Doornkaat, Bern.
- ▶ wählt als Mitglieder des Stiftungsrates fondia – Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im SEK für den Rest der Amtsdauer 2003 bis 2006 Helen Gucker-Vontobel, Mitglied des Rates SEK, Meilen, und Franz Kurer, Leiter Finanzen HEKS, Zumikon.
- ▶ nimmt den für 2006 aktualisierten Anhang zur Rahmenvereinbarung zwischen dem SEK, mission 21 – evangelisches missionswerk basel und DM – échange et mission zur Kenntnis. Die Abgeordnetenversammlung stimmt der Finanzierung dieser Leistungen in der Höhe von CHF 1 102 350.– für das Jahr 2006, entsprechend den Selbstverpflichtungen der Mitgliedkirchen, zu.
- ▶ tagt im Jahr 2006 – vom 18. bis 20. Juni auf Einladung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen in St. Gallen. – am 6. und 7. November in Bern.

Theo Schaad, Leiter Geschäftsstelle

*Beschlüsse und weitere Unterlagen der Herbst-AV sind abrufbar unter der SEK-Website:
www.sek-feps.ch*



Foto: refbild/Pfander

«Es gibt keine Kri

Wie sieht die Zukunft der ökumenischen Bewegung in einer so genannt globalisierten Welt aus? Gross sind die Erwartungen an die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), in Porto Alegre entsprechende Perspektiven aufzuzeigen. Samuel Kobia, seit Beginn 2004 Generalsekretär des ÖRK, äussert sich im Folgenden zur Kooperation zwischen ÖRK und Römisch-Katholischer Kirche, zu Porto Alegre als Markstein des Ökumenismus des 21. Jahrhunderts, zur europäischen ökumenischen Bewegung und zu seinem bevorstehenden Besuch im Januar 2006 beim SEK in Bern.

Bulletin: Diesen November feierten die Römisch-katholische Kirche und der ÖRK den 40. Geburtstag ihrer *Joint Working Group* – ein konsultatives Forum. In Ihrem Grusswort zu diesem Anlass haben Sie betont, der ÖRK arbeite einer Erneuerung der ökumenischen Bewegung im 21. Jahrhundert entgegen. Der Aufbau ökumenischer Institutionen und Strukturen sei unabdingbar, um die Einheit der Kirchen besser zum Ausdruck zu bringen. In diesem Kontext sieht sich der ÖRK selbst als einen wichtigen Dialogpartner der Katholischen Kirche bzw. des Vatikans. Welcher Art ist der Dialog, den Sie dabei verfolgen? Welche Inhalte und welches Vorgehen werden die künftige Kooperation zwischen Vatikan und ÖRK prägen?

Samuel Kobia: Die Römisch-Katholische Kirche und der ÖRK haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wir haben in der Analyse der heutigen Situation und bei der Festlegung der Tagesordnung wichtige Übereinstimmungen erzielt. Ganz oben auf der Agenda steht unseres Erachtens die Verlagerung des Zentrums des Christentums in den Süden – insbesondere Afrika und Südamerika, die zunehmende Säkularisierung im Norden bzw. in Europa, die Durchmischung der Kongregationen in einem postdenominalen Zeitalter, die Bedeutung der Einheit der Kirche und der ökumenischen Bewegung sowie das Erstarken pfingstlerischer und charismatischer Bewegungen. Angesichts dieser Herausforderungen gilt es, die konkreten Inhalte unserer Kooperation im Rahmen gemeinsamer Plattformen wie das *Global Christian Forum*, das die Unterstützung der Katholischen Kirche genießt, anzugehen. Schwerpunkte der Diskussion

sind unter anderem die Glaubensfrage in der Erziehung sowie im ethischen Bereich die Frage nach dem Umgang mit möglichen Konflikten – insbesondere in Fragen der Sexualität. Wichtig ist auch die Rückbesinnung auf den geistlichen Kern der Ökumene. Vor diesem Hintergrund ist vor allem die institutionelle Kooperation zwischen Römisch-Katholischer Kirche und ÖRK zu stärken – so im Rahmen der nun 40jährigen *Joint Working Group* und in der *Kommission für Glauben und Kirchenverfassung*. In dieser Kommission arbei-

«Von einer Krise kann nicht die Rede sein. Porto Alegre wird ein Wendepunkt in der ökumenischen Bewegung darstellen ...»

tet die Römisch-Katholische Kirche als Vollmitglied mit, obwohl sie selbst Nicht-Mitglied des ÖRK ist. Dem Team für *Mission und Evangelisation* steht die Römisch-Katholische Kirche in beratender Funktion zur Seite. Inhaltlich zu klären ist weiterhin die Ausgestaltung eines gemeinsamen Verständnisses im Bereich Taufe, Eucharistie und Amt. Gerade im Gespräch über das Abendmahl gibt es nach wie vor keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte.

se der ökumenischen Bewegung»

Geeinigt hat man sich also auf eine gemeinsame Einschätzung des Ist-Zustandes und der anstehenden Herausforderungen. Besteht auch Einigkeit darüber, wie diese angegangen werden sollen?

Mein Besuch bei Papst Benedikt XVI. Mitte dieses Jahres, anlässlich dessen wir uns über Kirchenverständnis, Spiritualität und ökumenische Bildung unterhalten haben, hat mich sehr zuversichtlich gestimmt. In der nächsten Phase unserer Kooperation wird es schwer gewichtig darum gehen, gemeinsam sichtbare und konkrete Zeichen der Einheit aufzuzeigen.

Die Krisensymptome in der ökumenischen Bewegung sind jedoch offensichtlich. Nach einer anfänglich euphorischen Phase weichen die vereinheitlichenden Tendenzen dem Bedürfnis nach Abgrenzung. Differenz bzw. klare konfessionelle und kulturelle Identitäten sind gefragt. Ist dies eine «normale» Gegenreaktion? Oder verändert die ökumenische Bewegung ihren Charakter – erwächst ihr aus dem vereinheitlichenden Anspruch nun eine lenkende Funktion im modernen Wettbewerb der Religionen?

Von einer Krise kann nicht die Rede sein. Porto Alegre wird ein Wendepunkt in der ökumenischen Bewegung darstellen: weg von der Ökumene des 20. Jahrhunderts – damals ging es um die Mitgliedschaft im ÖRK als vereinigendes Konzept – hin zu einer Kraft der Veränderung. Die neuen Herausforderungen stellen sich jeder einzelnen Kirche, und in den regionalen ökumenischen Bewegungen spiegelt sich das Programm des ÖRK wider. Es gilt, in Porto Alegre die Verbundenheit der Kirchen zu vertiefen.

Unter dem Motto «In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt» sind in Porto Alegre zahlreiche Themen traktantiert: Wirtschaftliche Gerechtigkeit, Christliche Identität und religiöse Vielfalt, Überwindung von Gewalt und die Einheit der Kirchen. In welchen dieser riesigen Themenfeldern erhoffen Sie sich denn richtungweisende Entschiede?

Im Zentrum der Diskussionen werden zuallererst die religiöse Erziehung, die Debatte über den religiösen Pluralismus und der interreligiöse Dialog stehen. Die Festigung im Glauben ist heute der Angelpunkt vieler Identitätsfragen bzw. Identitätskrisen. Die «Unheiligkeit» unserer Gesellschaft produziert ungeheure Unsicherheiten. Wirtschaftliche und migrationspolitische Entwicklungen lassen den religiösen Glauben zum zentralen Kriterium menschlicher Identität werden. In Porto Alegre werden wir uns mit Gewalt und Unsicherheit beschäftigen. Die Ausrufung der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001 bis 2010) hatte einen prophetischen Zug: Terrorismus, aber vor allem die häusliche, interpersonale Gewalt stellen mittlerweile die verheerenderen Formen von Gewalt dar als «offizielle» Kriege. Dabei stellt sich die Frage nach der gestaltenden Kraft der Justiz: Wie verändert Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit unsere Gesellschaft, unser Denken und die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen?

Die Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa – ist ein rein europäisches ökumenisches Dokument. Wie rezipieren Sie als Kenyaner und ÖRK-Generalsekretär diese Charta? Ist sie ein exportierbares Modell?

Die Charta ist ein beeindruckendes Dokument und zehrt sowohl von den vereinigenden Wurzeln des Christentums als auch vom Trennenden, das die Geschichte Europas geprägt hat. Wenn dieses Trennende in der Vergangenheit von Europa aus in die Welt exportiert wurde, so ist heute die *Charta Oecumenica* als Ausdruck einer gemeinsamen Berufung, eines gemeinsamen Engagements und eines gemeinsamen Ziels durchaus ein exportierbares Modell für die ganze Welt.

Im Januar 2006 werden Sie Bern besuchen und die Mitglieder des Rates SEK treffen. Mit welchen Erwartungen gehen Sie an dieses Treffen?

Der Sitz des ÖRK liegt in Genf, womit sich dort auch der Arbeitsplatz seines Generalsekretärs befindet. Doch wie so oft droht das Naheliegende vernachlässigt zu werden. Es ist richtig und wichtig, dass es nun endlich zu einem «offiziellen» Besuch in Bern kommt – mein erster beim SEK und auch bei der Schweizer Regierung. Ich freue mich auf die Begegnungen und möchte dabei vor allem um Unterstützung für den ÖRK bitten. Grosse Unterstützung erfahren wir bereits durch die Hilfswerke HEKS, BFA und mission 21. Keinen Kontakt haben wir hingegen bis anhin zu den Mitgliedkirchen des SEK aufgebaut – was wir nachholen möchten und dabei auf den SEK angewiesen sind. Diesbezüglich wird sich auch in Porto Alegre die Chance bieten, Beziehungen zu knüpfen und zu vertiefen. Das Treffen in Bern möchte ich auch als Gelegenheit nutzen, um zu erörtern, was die künftige Zusammenarbeit zwischen Genf und Bern befruchten könnte und wie lokale Wirtschaftsunternehmen und nationale Institutionen in diese Zusammenarbeit eingebunden werden könnten – ich denke hier an die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Bankhaus Pictet in Genf oder den Ausbau der Bibliothek des ökumenischen Instituts Bossey.

Das Interview führte Elisabeth Ehrensperger.

Samuel Kobia, geboren 1947, stammt aus Kenya und ist ein Pastor der Methodistenkirche Kenyas. Er wurde im August 2003 zum neuen Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gewählt und steht seit Januar 2004 im Amt.

Es ist schon viel getan, wenn die Mitgliedkirchen zwei, drei ausgewählte Punkte des Positionspapiers konsequent weiterverfolgen.

